

Die „Volkswacht“ erscheint täglich... Preis vierteljährlich 2.50...

Volkswacht für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessante... Besondere für die... Abgebildet werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 75.

Donnerstag, den 30. März 1905.

16. Jahrgang.

Die Schneiderpracht an des Königs Rock.

Es ist eine dankbare, aber auch eine undankbare Aufgabe für den Redner unserer Fraktion... Die fortwährenden Änderungen der Uniformen in der deutschen Armee...

Die fortwährenden Änderungen der Uniformen in der deutschen Armee, das fortwährende Hinzusetzen, Hinwegnehmen und wieder Hinzusetzen von gänzlich zwecklosen, unabweisbaren Zutaten und Anhängseln zum buntem Rock...

Das deutsche Uniformierungsprinzip liebt die bunten Farben. Freilich nicht allein das deutsche, aber es konserviert sich am besten. Weiße, grüne und blaue Waffenröcke, brennend rote, blaue, gelbe Ärmel, blinkende Knöpfe...

Bei Paraden mag diese Kleider- und Schneiderpracht dem Berliner und dem berlinisiereten Geschmack sehr gleichend und anziehend vorkommen. Aber die Soldaten sind leider nicht bloß für Paraden da...

Der deutsch-französische Krieg mußte den deutschen Weisheitshebern eigentlich gezeigt haben, daß unsere gegenwärtige Uniformierung im Kriege eitel Dribbortium ist.

Das ganze schöne Bekleidungsreglement mit dem Bugdrill, der damit zusammenhängt, geht im Ernstfalle in die Brüche. Die Kummerfalte ist nicht mehr, die doppelten Kolarben, die bligblank gepugten Helmspitzen...

Nicht allein diese Dingelchen sind unkriegsgemäß, auch der Schnitt, der sehr hohe steife Kragen, der enge Rock, der schwere Helm und die Mütze ohne Ohren- und Nackenschutz...

Auch Kurapatkin ist sehr schnell bereit gewesen, die grellen Farben in der Uniformierung seiner Soldaten zu beiseitigen. Im Sommer vorigen Jahres ordnete er an, daß die weißen Umhänge und Mützen schleunigst durch graue ersetzt werden sollten...

Das deutsche Reichsmarinamt, das durch die Nebenkolonien gezwungen wird, die Kugelspritzen fortwährend unter Dampf zu halten, ist etwas ernster veranlagt, als die Armeeverwaltung...

Für die Armeekorps-Uniformierung könnte Deutschland aber auch aus seinen Nachbarstaaten Beispiele holen. So werden jetzt in Dänemark durch einen Erlass des Königs innerhalb 7 Jahren von 1903 ab die blauen Uniformröcke, die blanken goldenen und silbernen Knöpfe...

In der Schweiz ist man noch bei Versuchen. Es sind im vorigen Jahr probeweise neue Bekleidungsmodelle bei einigen Truppenteilen eingeführt worden...

Und auch der frühere französische Kriegsminister Andree hat sich mit solchen Reformplänen getragen. Als der König von Italien 1903 Paris besuchte, wurde ihm eine mit dem vorgeschlagenen Uniformmodell bekleidete Kompanie Infanterie vorgeführt...

Mein Gott — würde man in Berlin zu solchen Änderungen sagen — was soll denn da eine Parade für einen tristen Eindruck machen?! Da freut uns ja unser glorreiches Heer gar nicht mehr!

Der Bergarbeiterschutz im Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag die erste Lesung der ersten Berggesetznovelle, die die Arbeiterverhältnisse behandelt, zu Ende geführt. Die Vorlage wurde einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen...

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

67 (Nachdruck verboten.)

XIV.

Horstmann ging von nun ab in den Park hinunter und setzte sich auf eine Bank unter den Platanen. Aber den Umgang mit den anderen Kranken vermied er noch immer.

Trotzdem Doktor Singheimer, der ihn fast täglich länger oder kürzer besuchte, wendete sich ihm lebhaft zu. Er sagte, er wolle ihn nicht verlassen, bis er wieder vollkommen hergestellt sei...

Allmählich teilte sich die Antipathie, die Horstmann dem Arzt gegenüber hegte, auch diesem mit. In seinem Inneren war Doktor Singheimer natürlich überzeugt, den Patienten gegenüber das Gefühl des Großes überhaupt nicht zu kennen...

„Wenn Sie mir nicht folgen, werde ich Ihnen mal zeigen, wie ich über Ihre Person verfügen kann.“

Darauf sah Horstmann ihn mit stiller Betrachtung an und erwiderte: „Sie wollen ein Seelenarzt sein? Sie sind der reine Unteroffizier.“

Seitdem hatte Doktor Singheimer seinen Kranken geradezu...

Mit Tränen in den Augen hat er den Wärtin, ihm zur Flucht zu verhelfen. Aber dieser erklärte es für unmöglich. Niemand von den Part war eine unbefugte Mauer, der Vorfall ließ durch das Tor niemanden passieren...

In solchen Tagen konnte Horstmann weder essen, noch schlafen, noch einen anderen Gedanken fassen, als den, zu fliehen. Er machte sich hundert Mal vorzunehmen, ehe der Arzt kam, diesem ruhig und klar seine Beweggründe, weshalb er um Entlassung ersuchte...

Eines Tages geschah es, daß Horstmann, die schrecklichen Eindrücke der Nacht in der Hölle vergessend, sich hinsetzen ließ und den Arzt beschimpfte. Darauf schien dieser nur gewartet zu haben. Er klingelte und befahl, den Patienten auf die unruhige Abteilung zu bringen...

bedrängte sich ein Herr an Horstmann heran und suchte ein Gespräch anzuknüpfen. Wenn er kein Gehör fand, fing er Handel an, sobald die Wärtin ihn entfernen mußte.

Die allabendliche Sonne brütete auf diesem engen, schattenlosen Hof, auf dem es vom frühen Morgen bis zum späten Abend nicht still wurde vor Geschrei und Lärm. Wenn der Ingenieur dies Zerwürfnis des Lebens betrachtete, kam ihm immer wieder der Gedanke: Hat denn der Arzt keine Augen, daß er mich nicht von diesen anderen unterscheiden kann?

Stunden kamen, in denen Horstmann, von trostloser Verzweiflung erfüllt, den Kopf sinken ließ und sich den Tod wünschte. Aber diese gähne Bauernkraft richtete sich immer von neuem auf. Und wenn dann wieder, wie es in der Bibel von Simson heißt, die Kraft des Herrn über ihn kam, dann hob sich seine Brust, seine Adern auf der Stirn schwellten...

Einmal Tages ließ er die Frage, ob er von nun an artig sein wollte, unbeantwortet. Damit schien der Arzt zufrieden zu sein. Er erlaubte ihm, die Nacht wieder in seinem Bett zuzubringen. In der Folgezeit zeigte er sich gegen Horstmann sehr kühl und kurz angebunden...

Landpunkte gegen die gewiß nicht übertriebenen Arbeiter-
schonbestimmungen der Vorlage polemisierte. — Morgen steht
die Verfassungsfrage über die Stilllegung von Schiffen und
die Schuldenlastenfrage auf der Tagesordnung.

Die Kommission für die Bergarbeiternovelle, welche vom
Zentrumsführer Spahn geleitet werden soll, beabsichtigt noch
in dieser Woche die Arbeit zu beginnen und in der nächsten
Woche unter der Voraussetzung, daß der Kommission eine
größere Anzahl von Tagen freigegeben wird, die erste Vor-
lage zu Ende zu bringen. Die zweite Lesung würde in der
Woche vor Palmsonntag nachfolgen, sodas der Bericht in der
Dienstagpause entworfen und unmittelbar nachher festgelegt
werden kann.

Kurz ehe das Abgeordnetenhaus seine traurigen Be-
ratungen abschloß, trat im Gemerkthaus der Kongress
der Bergarbeiter aller Parteien zusammen, über dessen interessante Verhandlungen wir in unserer Be-
ilage ausführlich berichten.

Die Zustände in Rußland.

Ueber die Gärung in Polen

erhält die „Schles. Zig.“ folgende bemerkenswerte Mitteilungen:
Aus dem Gouvernement Siedlitz sind sehr beunruhigende
Nachrichten eingetroffen. Danach hat die Bewegung unter
der Landbevölkerung in den Bezirken Wlodawa und
Niess bereits einen rein revolutionären
Charakter angenommen. Plünderungen von Landbesitzern
im Lande raubend umher und zwingen die Arbeiter überall,
ihre Tätigkeit einzustellen.

Unter der Bevölkerung ist eine Menge ausländischer und in-
ländischer Propagandas verbreitet, in welchen zum Teil in sehr
schwerer Sprache die Forderung der Wiederherstellung Polens
aufgeworfen wird. Allgemein wird verlangt, daß die polnische
Sprache nicht nur als Unterrichtssprache in den Schulen
eingeführt wird, sondern auch daß sie als Amtssprache vor
Gericht und in der Verwaltung dienen soll. Alle Steuern in
Polen sollen ausschließlich der polnischen Nationalität angehören.
Auch in den Städten finden andauernd Unruhen statt. Hier soll
überwiegend das jüdische Element die Unruhen verursachen. Die
Bewegung hat sich über die Punkte Puzos und Radom des östlichen
Gouvernements ausgebreitet. Nach der Dittschast Kod mußten
Truppen entsendet werden.

Wie unter solchen Verhältnissen, welche übrigens fast
im ganzen Reich bestehen, die russische Regierung an eine
Abwendung neuer großer Truppenmassen auf den Kriegsschauplatz
denken kann, ist völlig unverständlich.

Ein deutsch-französisch-englisches Einvernehmen

als Hauptpunkt unserer auswärtigen Politik, enthält der Genosse
von Pollmar in einem Vortrag über „Deutschland und Rußland“,
den er am Sonntag im Reichert-Palast vor etwa 1500
Anwesenden hielt. Der Vortrag des Redners hätte die Ohnmacht Rußlands
klar gemacht und die Arbeitsbewegung im Innern angefaßt,
die zu der Hoffnung berechtigt, daß bald auch Rußland in die Reihe
der westlichen Staaten eintritten werde. Der Dip der Kaiserin
sei gewiß, der Versuch sei vergeblich geworden, eine neue Kon-
stellation der Großmächte herbeizuführen. Deutschland
steht auf der Seite Frankreichs: ein Bündnis beider
Großen mit England würde den Frieden sichern, der Friede
wäre dem Fortschritt die Basis. Die russischen
Wohlfahrten sind auch auf die offizielle deutsche Vertheilung ge-
richtet, ohne Einfluß zu haben. Unmöglich müßte die sozial-
demokratische Partei an ihren Forderungen: der Räumung der Aus-
landsbesitztümer, der Regelung des Ausländerrechts und der Be-
seitigung des russischen Spindelweins in Deutschland festhalten.
Denn es würde dem Zusammenbruch der russischen Macht nach-
zusehen, auch der Sturz des zarischen Absolutismus helfen, und den
heidenamtigen Freiheitskämpfern der Sieg erleiden. Die Worte
solten lebhafter Beifall.

Unruhen im Innern.

Aus Wien wird gemeldet: Die vorige Woche in dem be-
nachbarten Kreise Galizien aufgetretene Gärung unter den
Bauern ist in einige Kreise des Reichs hinaus übergegangen.
Die Landarbeiter sind in den Ausmaß getreten. In
mehrerer Orten wurde die Ordnung gestört, nach einigen Orten
sind Truppen entsandt worden.

Der Minister des Innern, Puzos, hat vom 27. März ab
über die Lage in dem Reich des verächtlichen Schutzes verhandelt.
Die Kaiserliche Polizei erklärte dem Gouverneur, die
Polizei einer Partei mehr zu leisten, weil im Frühjahr Unruhen
befürchtet werden. Solche traten ein.

Im Kreise Dombrowa und Sosnowice wurde die Arbeit
wieder aufgenommen, nur auf den Vorwärtigen und auf den
Gruben „Sokolow“ und „Pais“ in Maizow, wo eine Ver-
sicherung mit den Arbeitern noch nicht eingeht, damit der
Ausstand an.

Politische Uebersicht.

Der Reichstag begann seine Dienstagssitzung wieder
am 11. Uhr Vormittags. Zunächst wurde der ganze Reich
des Staats erledigt. Beim Etat der Zölle erhob die
demokratische Partei ein neues Gebell nach Liebesgaben.
Diesmal hat sie es auf die Zollkredite abgesehen, deren
Streichung zum 1. Juli d. J. der Oberbürgermeister Graf
König in einer Resolution verlangte. Der ganze bünd-
lerische Klüngel begeisterte sich für die Resolution, die von
der Linken entschieden zurückgewiesen und vom Reichstags-
sekretär mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen wurde.
Ein nationalliberales Mehrheit von „einerseits, andererseits“
leitete sich Dr. Baasche. Den natürlich ablehnenden
Standpunkt unserer Fraktion vertrat mit hüdniger Kürze
Genoss Slinger. Die Abstimmung über die Resolution
findet erst bei der dritten Staatslesung statt. Beim Titel
Fuderhauer veranlaßt die Linke, namentlich Genoss
Sänger, eine Herabsetzung der Zudersteuer, die zu einer
mäßigen Vermehrung der Volkszahl so zuträglichen
Zuckerkonsums führen würde.

Die neuen Panzerkreuzer, die durch die zu er-
wartende Marinestellung gefordert werden, sollen größer sein,
als die bisher ausgeführten werden. Die „Okeanos Zeitung“
berichtet, aus beinahe amtlicher Quelle darüber orientiert
zu sein, daß die neuen Kreuzer ansatz 11,600 wie
die meisten bisherigen annähernd 14,000 Tonnen Displacement
haben sollen.

Billiger werden die neuen Schiffe dadurch sicher nicht.
Interessant ist übrigens, daß man die Einzelheiten für den
bau neuer Schiffe im Projekt ausarbeitet, obwohl man noch
gar nicht weiß, ob sie bewilligt werden. Oder hält man

die Zustimmung des Reichstages für etwas Selbstverständ-
liches?

Bei den eblen und erlauchten Herren. Im
Herrenhaus wurde Montag mit der Stadterratung
begonnen. In der Generaldebatte beschwerten sich die Herren
über zu wenig Arbeit. Sie sind arbeitswillig, aber die Re-
gierung verurteilt sie zum Streifen. Herr von Man-
teuffel beschwerte sich bitter darüber, daß in dieser Session
so wenig Vorlagen zuerst an das Herrenhaus gekommen
sind und die Minister mußten ihm ein über das andere
Mal erklären, daß wirklich keine böse Absicht bei der Regie-
rung vorgelegen habe. Mit ganz richtigem Instinkt fragte
Herr von Mantuffel, ob die Regierung bei dieser
Bevorzugung des Abgeordnetenhauses etwa sich von der öffent-
lichen Meinung beeinflussen lasse. In der Tat schätzte die
öffentliche Meinung das Herrenhaus noch geringer ein, wie
das Abgeordnetenhaus, und man kann der Regierung nur
dankbar sein, daß sie die geborenen Gesetzgeber nicht mehr,
als es gerade verfassungsmäßig notwendig ist, gesetzgeberisch
beschäftigt. Es wäre wirklich kein wünschenswerter Zustand,
wenn etwa die Herrenhäuser sich in Permanenz erklärten
und in dem Oberhaus an der Leipzigerstraße die Reden-
schleusen ebenso geöffnet wären, wie im benachbarten Unter-
haus in der Albrechtsstraße. Eine eigentliche Generaldebatte
sah nicht statt. Graf Mirbach machte die Regierung
gegen eine Reichsverschuldung, überhaupt gegen die Ein-
führung neuer direkter Steuern scharf und sagte dann sein
Sprüchlein gegen den Umsturz, wie in früheren Jahren, auch
diesmal her. Vom Oberbürgermeister Becker wurde eine
Reform der Einkommensteuer und des Kommunalab-
gabengesetzes verlangt zur Entlastung der sehr hart
bedrängten Provinzen, Kreise und Stadtgemeinden.
Damit waren die allgemeinen Erörterungen schon
erschöpft, und man wandte sich der Spezialberatung der ein-
zelnen Staats zu. Der Etat der Landwirtschaftsverwaltung
mit dem Forst-, Domänen- und Gesteins-Etat wurde ohne
wesentliche Debatte erledigt, viel machen die „Herren“ nicht
her. Eine Anregung, die Bürgermeister Bender im
Herrenhause gab, geben wir an anderer Stelle wieder.

Zentrum und Unterstützung der Ruhr-Berg- leute.

Wir haben schon einmal festgestellt, daß das
„Arbeiterfreundliche“ Zentrum in seiner einzigen der
vielen Städte und Gemeinden, in denen es im Rathhause die
Mehrheit hat, auch nur einen roten Heller für die Berg-
leute bewilligt.

Unter Kölner Parteiblättern, die „Rheinische Zeitung“, hat nun
das Sprachrohr des Kölner Rathhaus-Zentrums, den Pächern
„Köln-Anzeiger“, mehrmals aufgefordert, sich darüber zu äußern,
ob es wahr sei, daß in den Fraktions-Sitzungen der Kölner
Zentrums-Stadtrathes die Unterstützung gefordert
sei. Die aber von der Zentrumsfraktion fallen gelassen worden
sei. Der „Köln-Anzeiger“ antwortete ausweichend, bestritt aber die
Behauptung der „Rheinischen Zeitung“ nicht. Darauf stellte unser
Parteiblatt auf Grund dessen fest, daß in der Tat die Unter-
stützung der Ruhr-Bergleute von der Kölner Zentrumsmehrheit des Stad-
trathes nicht angenommen ist. In der Fraktions-Sitzung
wurde es nicht so. Das war zu Anfang voriger Woche. Die heute hat
man auf diese Freistellung mit keiner Silbe erwidert. Man gibt sie
also stillschweigend an.

Wie schon früher betont, gehört zu den Kölner Zentrum-
stadtrathes auch der große Renommier-Sozialpolitiker des
Zentrums, Reichstags-Abgeordneter Karl Trieborn!

Auch in Breslau hat kein einziger Stadtverordneter
der Zentrumspartei für die Unterstützung der Ruhrbergleute
gestimmt.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat be-
schlossen, den Reichstag über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten
v. Masow (2. Königsberg) auszufragen und Erhebungen
veranlassen zu lassen. Herr v. Masow wurde mit nur 12 Stimmen
Majorität gewählt. Da in den Wahlkreisen Pabian und Wehlan
bei der Wahl einige Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren, so
mußten noch 3 Stimmen abgezogen werden, und die Mehrheit be-
trug nur noch 9 Stimmen. In einem Wahlgang alle von sozialdemo-
kratischer Seite wird behauptet, daß als Wahlurne enge, offene
Schüffel verwendet worden sind, daß die Wahlurnen übereinander
gestellt wurden, so daß man nachher genau weiß, wie jeder ge-
wählt hat, und deshalb Nachregelungen erfolgt sind. Ueber diesen
Punkt und andere Behauptungen soll Beweis erhoben werden.

Die Kommission des Reichstages hat beantragt die Wahl
des Abg. Schlichter, der im 6. Frankfurter Wahlkreise (Rheinland-
Schweidnitz-Kreis a. D.) gewählt worden ist mit 9017 Stimmen
gegen Dr. v. Nost (fr. Vog.) mit 4714 und Silberstein (Soz.)
mit 3745 Stimmen. 24 Stimmen zerstückelten.

Angesetzt worden ist eine Verlesung, in der am Montag
in Berlin der Schriftführer Volk Brandt über das Thema „§ 175,
das Zentrum und die Parlamente“ sprach.

Infolge von politischen Verhältnissen sein Er-
scheinen eingestellt hat das von Reinhold Gerling herausgegebene
Monatblatt „Das Reich“. Von den 12 Nummern dieses
Blattes waren 11 von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Seine schreibende Organisation. Der katholische Lehrverein
in Bayern zählt jetzt etwas über 300 Mitglieder, d. h. Lehrer,
und 4176 Ehrenmitglieder, d. h. Geistliche. Es kommen also
auf einen Lehrer 14 Geistliche! — Um Himmels willen!

Ein erschreckendes Bild sozialen Elends gibt eine in
Regensburg vorgenommene amtliche Statistik über die Kinder-
sterblichkeit. Im Jahre 1904 betrug in der 60,000 Einwohner
zählenden Stadt die Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahre
31,14 Prozent der Gesamtgeborenen. Noch höher ist der Prozentsatz
bei den unehelichen Kindern, von denen nahezu 40 Prozent unter
einem Jahre starben.

Amlich regulierter Erziehung. Eine sonderbare Ver-
sicherung hat der Vorstand der Betriebskommission I Berlin erlassen.
Sie lautet:

„Es liegt begründete Vermutung vor, daß die Bahnreisenden
ihren Posten verlassen, um angeblich ihre Notdurft zu ver-
richten, ohne sich vorher beim dienhabenden Stationsbeamten ge-
meldet zu haben. Auch ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß
Bahnreisende ausgehört waren, trotzdem sie kurz vorher ihre
Fahrkarten gezeigt hatten. Es ist selbstverständlich, daß die Posten
dazu mit benutzt werden müssen. Zur Kontrolle des Ausreitens wird
angewendet, daß in jeder Stationskutsche ein Heft mit angebundenem
Bleistift ausgelegt wird, in welches der ausreitende Bahnreisende
nachdem ihm der Austritt aus dem dienhabenden Stationsbeamten ge-
gemeldet ist, seinen Namen, Datum und Zeit des Austritts einträgt.“

Eine ähnliche Verfügung für die Telephonämner, die gleichfalls
die Anlegung eines „Geheimbuches“ anordnete, verfiel bald, nachdem
die Verantwortlichen von ihr Kenntnis erhalten hatten, dem Zwecke der
Sicherheit. Nichts ist schärfer als in der amtlich regulierten Frei-
heit des Geheimes, welches über die Sachverständigen im Zukunfts-
staat zu setzen.

Zusland.

Die Gärung auf Kreta. Aus Konstantinopel wird ge-
berichtet: In den letzten Tagen haben oppositionelle Bewegungen im
westlichen Theil von Kreta Fortschritte gemacht. Die Aufrech-
terhaltung der Ruhe ist schwierig geworden. Vorige Woche wurden
im westlichen Theil und im Rifasso viele Schießereien und
Mordthaten ausgeführt. Mittwoch sind einige mohammedanische
Familien aus dem Innern nach Ranea geflüchtet. Es wurden
Proklamationen verteilt, welche die französischen Gendarmenmann-
schaften zum Zerbruch auffordern. Donnerstag Abend gegen die
Chef der Bewegung, Benifelo, Manos und Sumis, mit
300 Anhängern nach Thersifto, 12 Kilometer südlich von Ranea,
wohin unter dem Vorwande einer friedlichen Versammlung ein großer
Zug der Landbevölkerung stattfand. Freitag früh wurde die
Gendarmen von Ungutgeden beschossen, wobei zwei Mann schwer
verwundet wurden. Die Aufrechter erhielten Verstärkungen aus
Kandia, Methimo und Kassif, wodurch deren Zahl auf 2000 stieg.
Die Hälfte der Menge war bewaffnet. Die Verammelten hielten die
arabische Fahne; sie wollten die Eingriffe in Griechenland
verhindern, in welcher sie die dringenden Bewegungen ihres Vor-
gehens darlegen und erklären, in der gegenwärtigen Lage die Ent-
schlüsse der Großmächte abzuwarten. Gleichzeitig versprechen sie,
die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Ein Schandfleck der dänischen Gesetzgebung. Am Freitag
ist das Prärogat nach der 3. Beratung im Reichstag mit 63
gegen 87 Stimmen angenommen worden; 10 Abgeordnete enthielten
sich der Stimme und 3 waren abwesend. Sieben Mitglieder der
Reichsregierung, die im vorigen Jahre gegen das Gesetz stimmten
und in der vorigen Woche bei der 2. Lesung sich der Stimme ent-
hielten, stimmten diesmal dafür. Sie waren, wie „Sozialdemokraten“
treffend bemerkt, jetzt so gut eine Exerziertruppe, um Albertis Prä-
rogat zu vertheidigen. Tatsächlich war es der despotische Einfluß,
den Albertis innerhalb der Reichsregierung ausübt, und keine sach-
lichen Gründe, was die allmächtige Mehrheit der Reichsregierung
verursacht hat. „Ich will hoffen“, sagte unser Parteigenosse Borg-
bjerg, der nochmals eine große Rede gegen das schändliche Gesetz
hielt und dabei auch die politische Haltlosigkeit Albertis treffend
charakterisierte, „daß das Ausland hinreichend darüber unterrichtet
wird, was für besondere Umstände es bewirkt haben, daß dieses Gesetz
angenommen wird. Es sind politische Gründe und
nicht sachliche Nebenzugänge. Das Gesetz ist zu einer
„Ehrenschand“ und zu einer Nachtrage für Albertis geworden. Die
Leute in seiner Partei, die anders dachten, durften den Justizminister
nicht im Stich lassen, der nun einmal den Einsatz hatte, daß wir
die ungeheuerliche Prärogat erhalten sollten. — Die Stillen im
Land, die guten Köpfe, die kein entwickeltes Gehirn, empfinden es
schmerzhaft, daß dieses Gesetz angenommen wird. Sie empfinden
es persönlich als eine Schand und Schande für das Land. Aber
nehmen Sie nur diesen Entwurf an und über 6 Jahre ist in diesem
Saale eine andere Mehrheit, die das Gesetz niederstimmen wird.
Unser Mein wird über das ganze Land hinaus erschallen und wider-
hallen von allen Wahlzirkeln.“

Außer Vorgesetzten sprachen von den Sozialdemokraten noch
Marott, Cabrot und A. C. Meyer; aber auch sie waren sich selbst-
verständlich wohlbewußt, daß die Annahme des Entwurfs eine ab-
gefärbte Sache war, daß die Stimme der Kultur und gesunden Ver-
nunft, daß alle guten Gründe auf diese durch Machtthat verblendete
Mehrheit keinen Einfluß auszuüben vermöchten. So mußte denn
das vor wenigen Jahren noch unglücklich Erscheinende annehmen,
daß eine Partei, die Jahrzehnte lang für Demokratie und Humanität,
oftmals gemeinsam mit der Sozialdemokratie gekämpft hat, ein Be-
setz zu Stande brachte, das aller Kultur und Humanität Hohn spricht.
Das Prärogatgesetz ist nun wieder dem Landshing überhandt worden
und wird hier jedenfalls in seiner jetzigen Form ebenfalls ange-
nommen werden.

Arbeitslosigkeit und Hungerevellen. Während man sich
in Rom abmüht, eine Regierung zu bilden, welche geeignet erscheint
und gewillt ist, die Eisenbahnen nur ihre Rechte zu bringen, laufen
aus dem Süden Italiens immer schlimmere Nachrichten über die
doet bestehende Nothlage der Bevölkerung ein. In der Provinz Romagna
ist es an mehreren Orten zu düsternen Zusammenstößen gekommen.
Die große Masse des Volkes wird dort in der unverkämptesten
Weise ausgebeutet; die aus Grundbesitzern bestehende Verwaltung
fordert die Verzehrungssteuern nur von den kleinen Leuten, während
dem sie selbst und ihre Günstlinge Waren ohne Zölle einführen.
Überall in der Verwaltung herrscht die größte Vorterrwirtschaft; den
Armen werden die Steuern mit großer Brutalität bis auf den letzten
Heller abgepreßt. Dabei mangelt es im Süden an Verkehrswegen
und allen sonstigen Einrichtungen, welche als Vorbereitung für eine
grobliche Landwirtschaft notwendig sind. Die Winterdürre hat
erschöpft die Feldarbeiten beschäftigten nur einen Bruchteil der
Arbeiter und so kommen die Not und der Hunger, in deren Folge
ebenfalls regelmäßig die leidenschaftlichen Ausschüße der armen,
entrechteten, ausgebeuteten Bevölkerung. Wie in Romagna, so in Sizilien
und so in der niederen Romagna. So kommen aus Coniache
Nachrichten über die herrschende wirtschaftliche Krise. Danach
leben dort 70 Prozent der Bevölkerung von der öffentlichen Wohlf-
thätigkeit. Es ist klar, daß diese nicht genügt, und es gibt nur ein
Mittel, Abhilfe zu schaffen und das ist: Arbeit. Die öffentlichen
Wäse sind andauernd von der Bevölkerung besetzt, welche auf die
baar Pflanz Wehl warten, welche die Kommune zur Verteilung
bringt. Arbeit in großem Umfang aber gibt es nicht, obwohl fünf-
Reaktionen, Verbesserungen u. wohl von Nutzen wären. Doch die
Kommunen sind zu sehr verarmt und auch der Staat hat kein Geld
übrig, Kulturarbeiten vorzunehmen, da ja auch in Italien Meer und
Flotte jährlich hunderte von Millionen kosten.

Marokkanische Sorgen. Der „Times“-Korrespondent
M. Harris wurde in Tanger von einem Araber, der als Hotel-
führer dient, mit einem Messer auf der Straße angefallen, jedoch
nur ganz leicht verletzt. Der Araber schützte sich zu dem Scherif
von Falan, der französische Schutzbedienter ist. Die öffentliche
Meinung ist geneigt, in dem Ueberfall eine Machination zu sehen,
um womöglich den Besuch des Kaisers Wilhelm in
Tanger zu hintertreiben.

Eine Schwaibkindergeburt für die russischen Freiheits-
kämpfer veranstalteten die Sozialisten in Belgrad in Serbien.
Die Redner übten Kritik an der Politik Rußlands und warfen der
russischen Diplomatie vor, daß sie gegen Serbien nicht unaufrichtig
gewesen sei und auch dem Königsmord nicht unbeeiligt gegen-
überstehe.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 29. März.
Sozialdemokratie und Schillerfeier. Der
Beschluß des Breslauer Sozialdemokratischen Vereins, sich an
den offiziellen Veranstaltungen zur Ehrung Schillers
nicht zu beteiligen, wird in der „Schlesischen Zeitung“ in
auffälligem Druck registriert, in der „Breslauer Morgen-
zeitung“ mit einem längeren Kommentar versehen. Daß
das bürgerliche Urteil über unseren Beschluß tadelnd aus-
fallen würde, war vorauszusetzen und ist auch nicht ver-
wunderlich. Da unser etwas summarischer Bericht über die
Debatte im Sozialdemokratischen Verein jedoch leicht zu
Missverständnissen Anlaß geben könnte, nehmen wir hier
Veranlassung, die Gründe, die zur Ablehnung führten, scharf
und klar hervorzuheben. Es waren zwei. Einmal hat die
sozialdemokratische Partei keine Garantie, daß die Feier zu
hellenistischen und monarchischen Kund-
gebungen benutzt wird, die ein Sozialdemokrat schon

aus Prinzip nicht mitmachen kann. Ein solcher Fall ist bereits bei der „Schlesier-Bewegung“ passiert, an der wir uns in lokaler Weise beteiligten, was die Entzweiung nicht abhält, unter Mißhandlung der Gasse zu Hochs und Hurras aufzufordern. Sozialdemokraten, die sich von einem Kaiserhoch ausschließen, setzen sich der Gefahr aus, denunziert zu werden und ins Gefängnis zu fliegen, das wäre noch ein Nebengrund für die Vermeidung solcher Situationen.

Zweitens aber konnte sich die Mehrheit der Versammlung der Tatsache nicht verschließen, daß hier ein Freiheitsdichter von Leuten mitgefesselt werden soll, die seine hohen Ideale das ganze Jahr mit Fäßen treten. Sollen wir in gleichem Schritt und Tritt marschieren mit den Herren, die uns die Rezitation von Schillergebichten mit Versammlungsausschlüssen beantworten, Strophen seiner Pleber von Krampf schneifen abschneiden und dergleichen schöne Dinge mehr? Hier liegt doch die Gefahr verdammt nahe, daß wohl die sogenannten patriotischen Gedichte Schillers Erwähnung finden, seine glänzenden Freiheitslieder aber in der Versenkung verschwinden.

Das waren die prinzipiellen Gründe, die uns zur Ablehnung des Angebots führten, in diesem Sinne war die Arbeiterfreundlichkeit der offiziellen Veranstalter gemeint. Dazu kamen noch praktische Erwägungen. Unsere Stellungnahme kann auch nicht durch die sehr naive Meinung modifiziert werden, daß eine gemeinschaftliche Festivität geeignet sei, Klassengegenstände abzuschwächen.

Die Breslauer Arbeiter werden selbständig und würdig das Andenken des großen Mannes ehren, der ihnen mehr gehört, als allen anderen in unserer Nation. Wir sind gewillt, sein Schicksal in die Tat umzusetzen, für seine Ideale Opfer zu bringen. In einer großen Versammlung am Abend des 8. Mai findet die Schillerfeier der Breslauer Arbeiter statt, in der Genosse Max Laurenbrecher die Gedanktode halten und eine Rezitation aus Schillers Werken nicht fehlen wird. 90.000 Schillerfestzettungen rufen bereits die Erinnerung an den Dichter in allen Arbeiterhäusern wach und wenn uns nicht wieder die bekannten Kräfte in den Weg treten, werden wir die Breslauer Arbeiter zu einer Festvorstellung des „Wilhelm Tell“ einladen, um deren würdigen Verlauf uns nicht bangt. Es steht jedem Kritiker frei, zu prüfen, ob die Arbeiterschaft nicht in geradezu liebevoller Weise des großen Toten Gedächtnis pflegen wird.

Wenn darüber hinaus einzelne Genossen die Festversammlungen der Stadt besuchen wollen, hindert sie daran kein Nachwort der Partei, daß unsere Organisation aber triftige Gründe hat, bei der offiziellen Veranstaltung nicht teilzunehmen, das wird nach dem obigen wohl auch der Kritikus der „Morgenzeltung“ zugestehen.

* **Die Arbeiterdebatten — langweilig!** Zu dieser Erkenntnis hat sich niemand anders aufgeschwungen, als die Breslauer Zentrumspreßel. Die beiden katholischen Blätter berichten nämlich über die letzte Stadtverordneten-Sitzung das Folgende:

Die Stadtratsung wurde gestern ein gutes Stück gefördert und würde noch erheblich weiter fortgeschritten sein, wenn sich nicht an zwei Stellen außerordentlich langweilige Debatten geknüpft hätten. Die Vertreter der Sozialdemokratie scheinen keine Sitzung vorübergehen lassen zu wollen, ohne ihre Agitation auch in der Stadtverordneten-Versammlung zu treiben und es war ein großes Verdienst unseres Vertreters, des Stadts. Seyde, dies einmal mit dem richtigen Namen genannt und gezeigt zu haben, daß die Arbeiterfreundlichkeit nicht nur bei jenen Herren zu Haus ist, die in ihrem Auftreten höchst einseitig vorgehen. Stadts. Jeron vertrat namentlich die Förderung einer gebrüder Sonntagsruhe auch bei den im Maxfalldienst beschäftigten Personen.

Es ist ein großes Verdienst, daß sich die Zentrumspreßel mit dem Herrn Seyde, der sogar von seinen konservativen Freunden abgeschüttelt wurde, solidarisch erklärt. Das Zentrum will arbeiterfreundlich scheinen. Es ist gut, daß man so offen seine wahre Gesinnung kund gibt. Danach steht fest: Das Zentrum hält Arbeiterfragen für langweilig! Das Zentrum will keine Arbeiterausschüsse! Das Zentrum will nicht, daß Arbeiterfragen im Stadtparlament besprochen werden! Mehr kann man wirklich nicht verlangen. Wir werden uns das Zugeständnis merken!

* **„Haben“ oder „find“?** Wie unsern Lesern erinnerlich, wurde am 22. November v. Js. vom Landgericht Breslau der Redakteur der „Volksmacht“, Genosse Friedrich Mehrlein zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt, weil er das Unteroffizierkorps der Armee beleidigt haben sollte. In der am 13. Januar 1904 erschienenen Nummer der „Volksmacht“ wurde ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung in Matlitz über Strafbestimmungen gegen Fortbildungsschüler besprochen. Der Verfasser meinte, daß Lehrer sich wohl nicht dazu hergeben würden, die Prügelstrafe an den Fortbildungsschüler zu vollziehen; vielleicht würden die Stadtväter Unteroffiziere dazu gewinnen können. Hierin ist in weiteren Bemerkungen über Soldatenplünderungen hat das Gericht eine Beleidigung der Unteroffiziere des Unteroffizierkorps erblickt, weil damit dem Unteroffizierkorps in seiner Allgemeinheit der Vorwurf gemacht werde, es werde sich bereit finden lassen, die Prügelstrafe an den Fortbildungsschülern in Matlitz zu vollziehen. Die Zumutung, zu Prügelmeistern ebenso qualifiziert wie bereit zu sein, sei ehrenrührend. Der Angeklagte, so heißt es im Urteile, ist sehr gebildet und sprachgewandt. In dem Sage „Die Unteroffiziere . . . ja Fachmänner auf diesem Gebiete“ fehlt das Zeitwort. Im Manuskript steht „haben“, aber — so nahm das Gericht an — der Angeklagte wußte, daß die Leser „find“ ergänzen würden. Bei der Strafmessung ist berücksichtigt worden, daß „haben“ eine mildere Beleidigung ist. — In der Revision des Angeklagten wurde ausgeführt: Bei Ergänzung durch das Wort „haben“ sei das Urteil weder grammatisch noch logisch haltbar; auch sei wegen „haben“ nicht Strafantrag gestellt, sondern wegen „find“. Es sei unlogisch, daß der Angeklagte annehmen mußte, die Leser würden „find“ ergänzen. Es wäre auch nicht berücksichtigt, daß der Wegfall des Wortes beim Druck entstanden ist. — Der Reichsanwalt beantragte die Verwerfung der Revision. Der Angeklagte habe sich

mindestens dadurch strafbar gemacht, daß er den Rest der Auflage auch dann noch verstanden ließ, als er die Lücke im Druck bemerkt hatte. — Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision.

Bunzlau, 29. März. Der Stadtrat im Bürgerverein. Im hiesigen Bürgerverein hielt am Montag Abend Herr Stadtrat Breibisch aus Haynan einen Vortrag über „Rüde und Riele der Bürgervereine.“ Wir würden davon keine Notiz nehmen, wenn nicht die Ausführungen des betreffenden Herrn solcher Art wären, daß man sich wundern muß, einen Stadtrat so sprechen zu hören. Herr Breibisch führte, nach dem „Bunzlauer Stadtblatt“, aus, daß es nicht der Bürgervereine sei, die die kommunalen Angelegenheiten einzugreifen; man solle nicht nur Steuern zahlen, den Mund halten und zu allem „Ja“ und „Amen“ sprechen, was von oben komme! Fühn und Schande über die, welche die wirtschaftlich Schwachen ausnützen, um ihre Interessen zu willigen. Hier müßten die Bürgervereine helfend einwirken, sie müßten eine Vereinigung charaktarisierter Männer sein. Besonders sollten diese Vereine ihren Einfluß bei Stadtverordneten-Wahlen geltend machen? (Aha! D. Neb.) Glatze Kandidaten, Männer mit Rückgrat und am Wahltag dafür sorgen, daß diese gewählt werden. Und welche große Vorteile daraus erwachsen, das habe man in Bunzlau und Haynan erlebt!

Herr Stadtrat Breibisch sprach sehr radikal. Er scheint aber, wenigstens was die Bunzlauer Verhältnisse anbelangt, doch nicht genau darüber orientiert zu sein, sonst hätte er mit seinem Vortrage wohl etwas zurückgehalten. In den weiten Kreisen der Bunzlauer Bürgerschaft wird man sich eines Nachhins nicht erwehren können, wenn man lesen wird, was der Bürgerverein alles getan und wie er für das Gemeinwohl tätig gewesen sein soll! — Wir möchten da einmal mit mehreren Membranisten dienen: Die Schumannsdorfer stand in unserer Stadtverordneten-Versammlung am vierten Male auf der Tagesordnung. Erst kurz vorher, nachdem schon längst unter Geroße Scheits in Versammlungen und im Stadtparlament diesen Antrag aus schließlich beschloß, nahm der Bürgerverein dazu Stellung und sandte eine Petition an den Regierungs-Präsidenten ab. Nun stand die Stadtverordneten-Versammlung vor der Alternative: entweder nochmalige Ablehnung und Konfliktverfahren mit dem Magistrat und Klage gegen den Regierungspräsidenten oder Bewilligung. Und siehe da! Die Stadtverordneten, welche zugleich Mitglieder des Bürgervereins sind, fielen um. Der eine erschien gar nicht, der andere stimmte für die Magistratsvorlage und der Herr Vorsitzende genannte Vereinspräsident hielt sich der Stimme! Damit war das Schicksal der Vorlage besiegelt. Sind das die Erfolge, die man erzwingen? Sind das die charakteristischen Tugenden mit Rückgrat?

Und wer hat geholfen, Bunzlau eine Last aufzubinden, die gerade die wirtschaftlich Schwachen am meisten trifft? Wir erinnern an die Kanalgebührenordnung. Der Bürgerverein ist es gewesen, der hier ein Nebenparlament bildete, dem Magistrat Vorschläge machte und das famose Brieger System eingeführt wissen wollte. Gibt es eine unangenehmere Verteilung der Steuerlasten als die in diesem System zum Ausdruck gebracht wird? Und wer sind die Männer mit dem starken Rückgrat, die mit Hilfe des Bürgervereins gewählt worden sind? Hunderte von Beweisen könnten wir anführen, wie die Herren zu allem Ja und Amen sagen, was von „oben“ kommt. Wir erinnern nur an die letzte Staatsberatung; wir möchten nur darauf hinweisen, daß Herr Ehlers, der schon genannte Vorsitzende, in seiner Eigenschaft als Mitglied der Staatskommission mit dafür zu haben war, fälschliche Druckarbeiten eine Firma ausführen zu lassen, die nicht der Tarifgemeinschaft Deutscher Buchdrucker angehöre, dafür aber billiger lieferte, als solche Druckereien, die ihr Verlonal anständig bezahlten! Die nächste Stadtverordnetenversammlung wird es wieder von neuem lehren, wie die tapferen Vertreter der Bürgerschaft umfallen werden, wenn der Antrag des Magistrats: Anstellung eines neuen besoldeten Stadtrates, zur Verhandlung kommen wird.

Herr Breibisch scheint von allen diesen Dingen keine Ahnung zu haben, sonst hätte er umständlich dem hiesigen Verein solche Schmeicheleien sagen können, selbst, wenn er noch ein so hüflicher Mann ist. Der Bunzlauer Bürgerverein hat das Recht verweigert, sich als die geeignete Vertretung der Interessen aller Steuerzahler aufzuspielen. Die aufgeregte Arbeiterschaft, die man ja bei Wahlen gern im Gefolge haben möchte, kennt diese Herrschaften und deren Kandidaten mit dem „starken Rückgrat“ zur Genüge. Wie oft haben wir schon zu unserer stillen Erheiterung die Wahrnehmung gemacht, daß wenn einmal wichtige Anträge auf der Tagesordnung unserer Stadtparlamentes standen, die Herren vorher wie die Hochstapeln schimpften und die Käufte hallten, Bierbankpolitik trieben und an dem armen Magistrat keinen guten Faden ließen. Aber wenn es gilt, „oben“ dann aufzutreten und die vorher verflüchtete Weisheit offiziell zur Kenntnis zu bringen, dann bekommen es die Herren mit der Frucht zu tun, dann ist der Spiritus zum Teufel und das Pöblein dieht!

Herr Breibisch wurde lebhafter Beifall für seine Ausführungen zu teil, so melden die hiesigen Blätter. Und der Herr Vorsitzende soll dem Wunsche Ausdruck gegeben haben, daß das Gebächte auf fruchtbaren Boden fallen möge. Die Herren svotten ihrer selbst und wissen es nicht!

Landau, 29. März. Erhängt aufgefunden wurde in der Kaserne des hiesigen Bataillons der aus Schönbrenn hiesigen Kreises stammende Musikler Eugemann. Die Ursache des Selbstmordes ist noch unbekannt.

Babrag, 29. März. Wieder ein Opfer Daans. Wegen angeblicher Beleidigung des Farrers Dgan in Nuda, mit dem sich die Dessenlichkeit so häufig beschäftigten mußte, stand der Gattnerarbeiter Maschniga vor dem Schöffengericht. Der Angeklagte wurde zu der überraus hohen Strafe von sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Damit wird sich der geistliche Herr wohl zufriedien geben.

Aus der Provinz Posen.

* **Wie das Standgericht beim Militär arbeitet.** Bei dem Regimentskommandeur des Infanterieregiments Nr. 34 ging vor einigen Monaten ein anonymes Schreiben ein, in welchem der Unteroffizier Garbel der Mißhandlung von Soldaten bezichtigt wurde. Diese Angaben waren an sich zwar richtig und der betreffende Unteroffizier ist wegen Mißhandlung Untergeordneter auch bestraft worden. Trotzdem glaubte die Militärbehörde den Briefschreiber, der nur Wahres geschrieben, verfolgen zu müssen. Wer aber war der Briefschreiber? „Gewisse Umstände“ wiesen auf den Fäßlicher auf den der 12. Komp. 24 Inf.-Regts hin. Es wurde auch eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet und nach dem Gutachten des Schreibsachverständigen eines Gerichtssekretärs (?) Winkte, sollte Aufst der Briefschreiber gewesen sein. Vom Standgericht wurde A. deshalb „wegen Abweichung von dem vorgeschriebenen Dienstwege bei Anbringung seiner Anzeige“ zu vier Wochen strengen Arrest verurteilt! Hiergegen legte er Berufung ein, und zwar mit Erfolg. Denn obgleich der gerichtliche Schreibsachverständige sein Gutachten aufrecht erhielt, erkannte das Kriegsgericht in Bromberg auf Aufhebung des standrechtlichen Urteils und auf Freisprechung.

* **Nach 29 Jahren aus dem Zuchthaus entlassen.** Die Kämerfrau Dyparka aus Wilhelmsböhe, die wegen Wredes ihrer Stieftochter zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt war, wurde, nachdem sie 29 Jahre ihrer Strafe verbüßt hat, auf das Gnabengefuch ihrer Tochter begnadigt und am Montag aus der Strafanstalt Fordon entlassen.

* **Ein Schmuggler von Russen erworben.** Aus Grabow, Kreis Schildberg, berichten die „Pos. N. Nach.“: Donnerstag Abend gegen 10 Uhr ist zwischen Sobrowall und Miletsgowka, zwei preussischen Grenzorten, ein Schmuggler, der am hiesigen Orte Barra geholt hatte und mit denselben über die Grenze gelangen wollte, von einem russischen Grenzwachtmann erschossen worden. Die Leiche weist auch Stichwunden an. Offizieren wollten Regierungsdirektor Dr. Mosler aus Schildberg, Oberzolinspektor Grabe aus Plauitz und Obergrenzkontrolliere Larius von hier am Tatorte. Auch auf russischer Seite waren mehrere Offiziere erschienen. Der Schmuggler soll im Grenzfluch erschossen worden sein; ob aber eine Grenzverletzung vorliegt, ist nicht festgestellt worden.

Demnach liegt wieder ein regelrechter Mord vor. Trotzdem wird das dem Mörder nicht hoch angerechnet werden, denn Russland freut sich augenblicklich über jeden seiner Schützen, der trifft.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Das Opfer eines Raubansalles in der Maurer Röhre in Gnesen geworden, der in Kopienno bei einem Bau beschäftigt war. Die Leiche desselben wurde im dortigen See gefunden. Das Verbrechen wurde wahrscheinlich am Freitag verübt. Geld und Uhr fehlten bei dem R. Als des Verbrechens bringend verdächtig wurde der Maurer Lamicki verhaftet. — Der Steinarbeiter August Blum in Strethen war auf dem Berladepflege des städtischen Steinbruchs beschäftigt. Da er nicht das Gerauschen des Rangierzuges bemerkte, wurde er erfasst und beiseite geschleudert. Er zog sich dabei einen doppelten Armbruch zu. Er mußte bald ins Krankenhaus geschafft werden, wo er in wenigen Stunden starb. — Zur Gasversorgung der Gräblicher Gegend in Liegnitz wird weiter berichtet: Ueber das Motiv des Selbstmordes — sofern man nicht etwa einen Unglücksfall gelten lassen will — schreibt noch immer Dunkel. Der Arzt stellte die Todesursache — Gasvergiftung — fest. Die Mutter der Frau Gräblicher, welche die Verstorbenen erst am Sonntag Mittag verlassen hatte, hat bei ihrem Abschiede von den Kindern keinerlei Anzeichen einer bevorstehenden Katastrophe an demselben bemerkt und ist von den Kindern in bestem Einvernehmen geschieden. Auch die Eltern der Frau Gräblicher können sich kein Bild nicht erklären, der wohl nie eine authentische Aufklärung finden wird. Bei der ärztlichen Besichtigung der Leichen, genannt die Beteiligten mehr und mehr den Eindruck, daß es sich wohl doch nur um einen Unglücksfall in dieser traurigen Affäre handle. Die Polizei fand im Gewahrsam des Gräblicher 4800 Mark in Wertpapieren.

Neueste Nachrichten.

Sozialdemokratische Opfer.

Genosse Friede, Redakteur der „Arbeiterzeitung“ in Dortmund, wurde wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten von Hannover zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Sozialdemokraten in Kopenhagen

erlangen bei den Gemeinderatswahlen sieben weitere Sitze.

Die Gefangenen.

Die Zahl der in Japan untergebrachten russischen Gefangenen beträgt dem „Sotolana“ zufolge jetzt 80.000. Bei Mufden sollen 65.000 Mann gefangen genommen worden sein.

Murhen.

In Kallisch wurde ein Haufe von Landleuten, die mit Gewehren, Messern und Säcken bewaffnet waren, verhaftet. Die Landleute hatten Arbeiter gezwungen, die Arbeit niederzulegen, und hatten dann Plünderungen verübt.

Im Charlowischen Gouvernement, im Bezirk Woretscha, haben Bauern in Ruhe statgefunden. Das in Achyrla garnisonierte erste Dragonerregiment, welches auf den Kriegsschauplatz abgehen sollte, wurde in die Däcker abgeschickt, um die „Ordnung“ wiederherzustellen.

Wetterologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

	28. u. 29. März	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morn. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+7,7	+4,1	+4,2	
Luftdruck bei 0° (mm)	742,5	748,3	753,0	
Thaumdruck (mm)	5,6	5,8	5,5	
Thaumfähigkeit (pCt.)	71	95	89	
Wind (0-12)	WS 5	WS 5	WS 1	
Wetter	bedeckt	bedeckt	ajeml. heit.	

Briefkasten.

F. A. Sie wollen die glänzendste Tischler-Werkmeisterschule — Berlin bevorzugt — wissen? Vielleicht kann Ihnen einer unserer Leser eine Adresse geben. Ob es sich aber gerade um die glänzendste handelt, dafür können wir keine Garantie übernehmen.

S. Striegau. Wenn jemand im Herbst vom Militärdienst zurückkommt, muß er selbstredend für das nächste Jahr Steuern bezahlen. vorausgesetzt, daß er Arbeit und Einkommen hat.

Striegau, M. S. Wir halten dafür, daß die Pfändung unberechtigt sei und Beschwerde Erfolg haben würde.

Rattowitz 44. Was für Witkuma am 23. März 1904 war? Das können wir ohne kostbare Zeiterwinnung heute nicht mehr feststellen. — Weiter fragen Sie, in welcher Zeit ein Zahlungsanpruch verfährt? Die Frage ist so unbestimmt, daß wir sie nicht beantworten können. Forderungen verfahren, wenn keine Mahnung erfolgt oder beigetragen, in zwei Jahren.

W. G., Briesg. Ein Vermietungsbureau für Portiers, Hausknechte oder dergleichen können wir nicht empfehlen. Wenden Sie sich an den Zentral-Arbeitsnachweis des Verbandes der Handeld-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Breslau I, Albrechtsstraße 47.

S. M., Brunnenstraße. Das gewünschte Lied über Robert Blum ist uns nicht bekannt.

Hipel, Pöschlitz. Sie werden auf Ihre Rätselfindung wahrscheinlich nichts erhalten. Die Sache ist nämlich nicht ganz — falsch.

F. M., Großschneisse. Lehrlinge sind verpflichtet, bis zum 18. Jahre die Fortbildungsschule zu besuchen.

R., Strehlen. Uns ist von einem solchen Bericht nichts bekannt.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells: Drechsler Vierhaniel, Brigittenal 16.

Gelehrterhaftshaus.

Donnerstag, den 30. März:

Polzarbeiter. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saale.

Zentralverband der Handeld-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Abends 8 Uhr: Bezirksführer. Zimmer Nr. 1.

Malier und Lackierer. Versammlung. Zimmer Nr. 2.

Freitag, den 31. März:

Sanuarbeiter. Mitgliederversammlung. Abends 8 Uhr im großen Saale.

Sonnabend, den 1. April:
**Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrs-
 Arbeiter.** Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im großen
 Saal.
Freie Turnerschaft. Abends 8 Uhr: Quartalsversammlung.
 Zimmer Nr. 2.
 Sonntag, den 2. April:
Mechaniker- und Geiger-Verband. Mitgliederversammlung.
 Nachmittags 2 Uhr. Zimmer Nr. 2.
 Montag, den 3. April:
Arbeiter-Gesang-Verein (Ordnungs-Verein). Abends 8 Uhr,
 Zimmer Nr. 5: Aufsichtung. Auch haben sämtliche neuergewählten
 Vorstandsmitglieder und Beisitzer zu erscheinen.
 Donnerstag, den 6. April:
Spezialer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 4.
**Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer
 des Sozialdemokratischen Vereins:**
 Distrikt I (Grabschener Vorstadt).
 Mittwoch, den 29. März, Abends 8 1/2 Uhr, Zusammenkunft

der Bezirksführer im Distriktslokal, Grabschenerstraße. Vollzähliges
 Erscheinen ist notwendig.
 Der Distriktsführer.
Bezirk I, 8 u. 4. Mittwoch, den 29. März, Abends 8 Uhr,
 Rablabend und eine notwendige Besprechung. Es ist Pflicht aller
 Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.
 Der Distriktsführer.
Bezirk II. Mittwoch, den 29. März, Abends 8 Uhr, Zu-
 sammenkunft. Beitragszahlung. Vollzähliges Erscheinen erzwungen.
 Der Distriktsführer.
Distrikt III und XI (Ober-Vorstadt und Oberort).
 Sonnabend, den 1. April, Abrechnung der Bezirksführer.
 Wichtige Angelegenheiten erfordern das Erscheinen sämtlicher Bezirks-
 führer und deren Stellvertreter. Kontrollkarten sind mitzubringen.
 Die Distriktsführer.
Distrikt V (Gehelns).
 Dienstag, den 4. April, Distriktsversammlung. Zahlreiches
 Erscheinen erwünscht.
 Der Distriktsführer.
Parität, Arbeiter, Altsiedler, Ostschlesien.
Bezirk 121. Sonntag, den 2. April: Zusammenkunft im

bekanntem Lokal Nachmittags 2 Uhr. Vollzähliges Erscheinen ist mit-
 zubringen. Im zahlreiches Erscheinen ersucht Der Bezirksführer.
Schweidnitz. Freie Turnerschaft. Turnabend jeden Dien-
 tag und Freitag, Abends 8 Uhr. Freunde der Turnerschaft sind
 stets willkommen.
 Der Vorstand.
Striegan. Gesangverein „Vorwärts“. Jeden Freitag,
 Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.
Wunzlau. Gewerkschafts-Partei. Vorsitzender: Hermann
 Müller, Kottbuserstraße 53, 2. Etage.
Jauer. Gesang-Verein „Vorwärts“. Jeden Freitag,
 Abends 8 Uhr: Gesangstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.
Brieg. Männergesangverein „Vorwärts“. Die Uebungs-
 stunden finden jetzt in der Freitag statt.
Kattowitz. Arbeiter-Gesang-Verein. Jeden Freitag
 Abends 8 Uhr: Gesangstunde im Gewerkschaftslokal. Aufnahme
 neuer Mitglieder.

Stadt-Theater.
 Mittwoch:
 „Johann und Zimmermann.“
 Donnerstag:
 „Die Mädchen des Cremlins.“
Robe-Theater.
 Mittwoch:
 „Der Kilometersteifer.“
 Donnerstag:
 „Der Haiselbinder.“
Thalia-Theater.
 Mittwoch (Humboldt-Verein)
 Mitglieder-Versammlung
 „Wieners Blut.“
**Volks-Vorstellungen im
 Thalia-Theater.**
 Donnerstag:
 „Gnase K., 5. Vorstellung:
 „Minne von Vornhelm.“

**Zirkus
 Busch.**
 Mittwoch, den 29. März 1905,
 Abends 7 1/2 Uhr:
 Zum 5. Male:
Klondike
 Großes Manège-Schauspiel des
 Aristes Sais:
 Ein Film aus dem modernen
 Goldgräberleben Amerikas
 in 6 Akten.
Norton B. Smith,
 Der König der Pferdehändler.
 Bizarre Pferde werden zu
 jeder Zeit angenommen und
 kostenfrei behandelt.
 Außerdem:
 Schöne Martha Mahler,
 Schattenspielerin auf „Abdallah“
Spanische Quadrille,
 gespielt von 4 Damen und
 4 Herren auf 8 Schuhschellen.
 Die berühmte französische
 Reiterfamilie LÉONSON,
 10 wunderbar dress. Elefanten,
 dirigiert von Mr. Philadelphia.
 Der Elefant als Chauffeur.
 Der Ernst Schumann
 mit seinem Original-2-Reflexen
 und die
 berühmte Besen-Nummer.
 Große der Pläne u.
 und Bilderverkauf hohe
 Plätze und Tages- u. n.

Begräbnis-Verein Breslauer Dötker.
 Das Mitglied Carl Schiag ist gestorben. Beerdigung:
 Freitag, nachm. 3 1/4 Uhr, nach Cosel. Trauerhaus: Alsonstr. 62.
 Der Vorstand.
Achtung Holzarbeiter!
 Donnerstag, den 30. März 1905, abends punkt 8 Uhr:
 im großen Saal d. Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17:
Ausserordentl. Mitgliederversammlung.
 Tagesordnung:
 1. „Warum und wozu zahlen wir in Breslau Steuern?“
 Referent: Arbeitersekretär G. Neutrich.
 2. Die Wahl des Delegierten zum Gewerkschaftskongress.
 3. Beschlußfassung über eine Krenierpartie und ein Mai-Kränzchen.
 4. Verschiedenes.
Eintritt frei. Frauen sind eingeladen.
 Nur Mitgliedsbuch legitimiert zum Eintritt.
Kollegen! Die Wahl des Delegierten zum Gewerkschafts-
 kongress kann nur in der einzigen Versammlung
 vorgenommen werden. Es ist daher Pflicht eines jeden Mitgliedes
 persönlich zu erscheinen, um sein Wahlrecht ausüben zu
 können. Die Wahl erfolgt geheim. Kandidat für Breslau ist
 bekanntlich Kollege Brosig.
 Einen recht zahlreichen Besuch erwartet
 Die Lokal-Verwaltung.

Reste Konfirmanden-Anzüge
 bet 902
C. Kalischer, Carlplatz Nr. 4.
Selowsky's 467
BOLERO
 mit und ohne Mundstück.
Allerfeinste 2 Pf. Zigarette.

Zeltgarten.
 Zur H. Krsinsk.
**Ganz neues
 Weltstadt-
 Programm**
 12 Nummern.
 Preise 30 Pf.,
 Reservat 50 Pf.

**Littauer
 Nähmaschinen**
 31 Modelle
 Breslau, Klosterstr. 10
**Ohne Anzahlung
 wöchentlich nur 1 Mark**
 Spezialität: Schnellnäher
 für Konfektions-Naharbeiten.
 Reparatur, Schmelz- und billig
 An- u. M. Schöne
 Reparaturen in Zylinder- und
 Fuß-Nachwachsung hohe Preise in
 Parkstr. 20. 617
 Vertreter: Wilh. Weist,
 Mechaniker.

Achtung! Rohrleger!
 Freitag, den 31. März, abends 8 Uhr
 findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 2, eine
Große öffentliche Versammlung
 für alle in der Gas-, Wasser- und Heizungsbranche be-
 schäftigten Routen- und Gehilfen statt.
 Tagesordnung:
 Bericht über den Stand der Lohnbewegung und den statt-
 gefundenen Verhandlungen. — Referent: F. Schlegel.
 Um pünktlichen und zahlreichen Besuch bittet
 Die Lohnkommission.

**Möbel
 auf Kredit!**
 in Breslau's größtem Möbel-Waren-Haus
 von 653
S. Osswald
Schuhbrücke 74, I. II. u. IV.
 gegenüber der Magdalenenkirche.
Kredit auch nach auswärtig.
 Kataloge gratis u. franko.
 Sonntag geöffnet
 v. 8-9 u. v. 11-2.
 Auch gegen bar.

Palmengarten
 Zur H. Krsinsk.
2 Kapellen
 Grosser
**Opern-Fantasien-
 Abend.**
 Entree frei!

Sonder-Angebot
 eines
 grossen
 Postens
**Prima-
 Plüsch-
 Teppiche
 und Bettvorlagen**
 Ia. Qualität (kein Axminster)
25 pCt. unter Preis!
 130-250 cm. 14,90
 160-290 „ 24,-
 200-330 „ 36,50
 230-310 „ 48,50
 250-350 „ 66,-
 37-110 „ 3,-
soweit Vorrat reicht!
 Moderne Muster.
**Leinenhaus
 Bielschowsky**
 Breslau, Nikolaistr. 76,
 Ecke Herrenstrasse.

Konfirmanden-Anzüge
 aus Cheviot, Tuch, Satin und Kammgarn,
 fertig sowie nach Maß in größter Auswahl
 u. bekannter Güte von 7,50 bis 22,50 Mk.
Gustav Knauerhase,
 Nachfolger Oskar Dehmel, 457
 Neumarkt 15, part. u. 1. Etage.

„In freien Stunden“.
 Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
 Durch die Expedition und Kolporteurs zu beziehen.

**Zur
 Konfirmation**
 Große Auswahl in
 Herren- u. Damen-Uhren,
 echt Silber u. mit Werk, v. 8 Mk.
 gold. Damen-Uhren v. 12 Mk. an
 mit garant. 3-jähr. Garantie.
 Ketten jeder Art,
 goldene Ringe, Kreuzchen,
 Herzchen, Kolliers, Ohrringe,
 Broschen, Armbänder, Armaten-
 nadeln, Manschettenknöpfe
 und Anhänger
 zu äußerst billigen Preisen.
 Eingelassen
 ein großer Posten **Alfenidewaren**
 in Hochpreis- u. Gelegenheits-
 513
 Geschenken.
 Ausnahme sämtlicher Reparaturen
 äußerst billig unter Garantie.
 Abholen reparaturbedürftiger
 Regulatoren kostenlos.
Franz Paschke,
 Uhrmacher,
 Poststr. 4, 2. Haus v. Dötkerstr.

Möbel
 zu billigen Preisen
 auf
Abzahlung
 es. auch ohne Anzahlung.
 Technische, Gardinen,
 Pausenstoffe, Stepp-
 decken, Betten, eleg.
 Kinderwagen und
 Sportwagen, bei An-
 zahlung v. 3 Mk. u. wöchentlich
 Ratenzahlung von 1 Mk.
 elegante 497
Herren-Garderobe
 bei wöchentlichen
 Ratenzahlungen von
1 Mark.
Lorenz Hübner,
 der Reaschestr. 7, 1. Et.,
 Ecke Wiltbergstraße.

Um uns bei der verehrten Kund-
 schaft einzuführen, verkaufen wir
**1 Posten
 neue Fahrräder**
 mit Glockenlager und 1 Jahr Garantie
 von **Mk. 59.00** an. 541
 Zubehörteile zu den billigsten Preisen!
 Versäumen Sie nicht dieses äusserst günstige Angebot.
Schlesische Fahrrad-Industrie
 Breslau, Matthiasstrasse Nr. 9.

Achtung! Genossen!
 Die Buchhandlung der „Volkswacht“ führt
Schulbücher
 und Melzerhefte und eruchen wir die Genossen, den
 Bedarf an solchen bei uns zu decken.
 Bestellungen
 nehmen auch unsere Kolporteurs entgegen.

Sobald erschienen:
Das erste Lebensjahr.
 Wie ernähren und pflegen wir den Säugling?
 Von Dr. R. Silberstein.
Preis 20 Pfg.
 Durch die Expedition und Kolporteurs erhältlich.

Deutscher Reichstag.

174. Sitzung vom Dienstag, den 28. März 1906, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundestisch: Freiherr von Stengel.

Die zweite Etatsberatung wird beim Etat der Post, Verbrauchssteuern und Aversen fortgesetzt.

Zum Titel Rölle begründet
Abg. Graf **Rautz** (kons.) eine Resolution auf Aufhebung der Einbindung der Postkredite für Getreide- und Mischprodukte vom 1. Juli 1906 bis zum 28. Februar 1906.

Schatzsekretär Freiherr v. Stengel: Ich bin außer Lage, schon jetzt zu der mir erst lobend bekannt gewordenen Resolution Stellung zu nehmen. Sie scheint mir nicht unbedenklich, da sie einen tiefen Einschnitt in den Getreidehandel und event. eine Verschlechterung unseres Verkehrswesens zu den Vertragsstaaten bedenklich wäre. (Sehr richtig! bei den Freikämmlern.) Andererseits würde uns eine Vereinfachung von Getreide unerwünscht sein. Erst bei der Abschätzung der matrikulativen Ernterträge im In- und Auslande wird sich feststellen lassen, ob und wie weit Mißbrauch mit den Postkrediten getrieben wird. Der Handel wird darauf rechnen müssen, daß wir im Herbst eine Vorlage zur Verhinderung solcher Mißbräuche einbringen werden.

Abg. **Speck** (Rtr.) ist für Ueberweisung der Resolution an eine 14 gliedrige Kommission.

Abg. **Gamp** (Rtr.) ist für die Resolution.

Abg. **Singer** (Soz.) ist gegen die Resolution.

Abg. **Dr. Paasche** (natl.) ist teils für, teils gegen die Resolution und behält sich seine endgültige Stellung für die Kommissionsberatung vor.

Abg. **Dr. Wolff** (Westf. Bg.) ist für die Resolution und Ueberweisung an die Kommission.

Abg. **Rambold** (fr. Vp.) erklärt sich gegen die Resolution. Für die Randmischsache ist durch die Handelsverträge wahrlich genug geschehen. (Sehr richtig! links.)

Abg. **Welter** (Nat.) ist für die Resolution.

Abg. **Mommsen** (fr. Vp.) ist gegen die Resolution.

Abg. **Graf Schwerin-Vöhring** (kons.) verteidigt die Resolution, indem er betont, daß nicht die Vertragsstaaten, sondern die meistbegünstigten Staaten den Hauptnutzen von den Postkrediten haben.

Abg. **Dr. Müller-Sagan** (fr. Vp.) bezeichnet die Resolution als ein illoyales Vorgehen gegenüber dem Ausland. (Sehr richtig! links.)

Die Abstimmung über die Resolution wird für die dritte Etatslesung zurückgestellt. Der Titel Rölle wird nebst einem Kommissionsantrag betreffend zollfreie Verwendung von Benzin angenommen.

Beim Titel Zuckersteuer macht
Abg. **Schmidt-Wansleben** (natl.) auf die günstigen Folgen der Zuckerkonvention für die Erträge der Zuckersteuer aufmerksam. In den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten muß die deutsche Zuckereindustrie genügend berücksichtigt werden. Die englische Zuckereindustrie ist durch billigen deutschen Zucker und deutsches Obst in die Höhe gekommen. Wir müssen die deutsche Zuckereindustrie fördern und den Verbrauch des Zuckers im Inlande erhöhen. (Beifall b. d. Natl.)

Abg. **v. Strachy** (kons.) ist für die Folgen der Zuckerkonvention noch nicht klar.

Abg. **Dr. Paasche** (natl.) ist theoretisch für, praktisch gegen eine unmittelbare Herabsetzung der Zuckersteuer. England hat die Bedingungen der Konvention loyal erfüllt. (Beifall links.)

Geheimrat Mühl bestätigt die Angaben des Vorredners und erklärt zur Zeit eine Herabsetzung der Zuckersteuer für unmöglich.

Abg. **Dr. Bachmide** (frei. Vg.) freit die Zuckerverkehrskonvention, regt eine entsprechende internationale Eisenkonvention an und tritt für möglichste Herabsetzung der Zuckersteuer ein. (Beif. links.)

Abg. **Rebebour** (Soz.): Im Gegensatz zum Abg. Dr. Paasche bin ich der Meinung, daß eine Ermäßigung des Zuckerpreises um 2 Pf. pro Pfund doch eine wesentliche Konsumsteigerung hervorruft, vorausgesetzt natürlich, daß nicht andere Faktoren das Arbeiterbudget unzulässig beeinflussen. Die Militärverwaltung hat den Versuch gemacht, die Soldaten mit Zucker auszustatten, und wird hoffentlich mit diesen Versuchen fortfahren. Der Zucker muß in Deutschland wie in England zum Volkswirtschaftsmittel werden. Wir freuen uns, daß auch die Kreisverordnungen für eine möglichst baldige Herabsetzung der Zuckersteuer sind. (Beifall links.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats der Post usw., der Etat der Reichskampfabgaben und mehrere kleinere Etats.

Es folgt die Debatte über die **Matrikularbeiträge** und die **Zuschußanleihe**. Die Kommission hat die Zuschußanleihe in der Höhe von 51 Millionen gestrichen.

Schatzsekretär Freiherr v. Stengel bittet das Haus, wenigstens in dritter Lesung die Regierungsvorlage wiederherzustellen oder doch zum mindesten eine Annäherung an die Regierungsvorlage in Erwägung zu ziehen. Durch die Uebernahme der 46 1/2 Millionen für Waffenerhöhungen aus dem Extraordinarium in das Ordinarium ist der Gesamtbetrag, der den Bundesstaaten gestundet werden muß, auf 70 Millionen gestiegen. Auf die Dauer kann die Reichskasse auf diese 70 Millionen nicht verzichten, die Bundesstaaten müssen auf die Befreiung der Summe rechnen und sehen sich daher außer Stande, ihre Kulturaufgaben zu erfüllen. Die 70 Millionen sind der Tropfen, der das Glas Wasser zum Ueberlaufen bringen kann, immerhin ein ganz umfangreicher Tropfen. (Weiterkeit.) Eine Finanzreform ist unbedingt notwendig, konnte aber nicht angesichts der Handelsverträge vorgenommen werden. Ich bitte das Haus, die von der Regierung vorgeschlagene Finanzierung des Etats zu genehmigen und die Bundesstaaten nicht allein zu belassen. (Sporadisch. Bravo! rechts.)

Abg. **Dr. Brunstmann** (wilt.-kons.) schließt sich unter genauer Darlegung des Etats des Fürstentums Schaumburg-Lippe den Ausführungen des Schatzsekretärs an.

Abg. **Bayig** (natl.) spricht sich unter Darlegung der Staatsverhältnisse von Koburg und anderen kleineren Bundesstaaten im Sinne des Schatzsekretärs aus und bedauert, daß der preussische Finanzminister nicht am Platze sei. (Zuruf: Herrenhaus!) Preußen mit seinen gestülpten Sparbüßeln kann freilich die Belastung besser tragen, als die armen kleineren Bundesstaaten.

Abg. **Freiherr v. Richthofen-Damshof** (kons.) verteidigt Preußen gegen die vom Vorredner erhobenen Vorwürfe. Die Matrikularbeiträge sind eigentlich ein unorganisches Glied in unserer Reichsverfassung, sodaß wir eigentlich dagegen sein müßten. Aber eigentlich liegt es doch an der schlechten Finanzverwaltung, wenn mehrere Bundesstaaten schlechte Finanzen haben. Dafür können wir sie doch nicht noch belohnen. Und da wir ordentliche Ausgaben nicht durch Zuschußanleihen decken können, so sind wir vorläufig für Aufrechterhaltung der Matrikularbeiträge, obgleich wir eigentlich dagegen sind. (Beifall bei einem Teil der Rechten.)

Abg. **Singer** (Soz.): Wir hoffen, daß sich die Hoffnungen des Schatzsekretärs auf die dritte Lesung nicht erfüllen werden. Dem Vorredner muß doch endlich ein Ende gemacht werden. Wenn die verstorbenen Führer der national-liberalen Partei die Rebe des Abg. Bayig geküßt hätten, so würden sie sich im Grabe umdrehen. (Lachen b. d. Natl.) Wenn Herr Bayig für Schutz der Schwachen ist, warum erhebt er dann nicht seine Stimme gegen die indirekten Steuern auf Artikel des Massenkonsums? (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir werden auch in der dritten Lesung an den Beschlüssen der Kommission festhalten. Zur Zeit bilden die Matrikularbeiträge den einzigen Damm gegen die uralte Meer- und Marinepolitik. Wir sind im Prinzip auch gegen Stundung der Matrikularbeiträge. Die Verzögerung würde noch ersichtlicher auf die Bundesstaaten wirken. Bei der Abneigung gegen direkte Reichssteuern, der erst reichlich der preussische Finanzminister so drastisch Ausdruck gegeben hat, ist leider zu befürchten, daß die geplante Finanzreform uns wieder indirekte Steuern beschert. Aber wenigstens in der Frage der Matrikularbeiträge sollen die Einzelstaaten die Suppe ausbüteln, die sie sich selbst eingebrot haben. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Grüber** (Zentrum) befragt den Kommissionsbeschl. Die Matrikularbeiträge gehören zum Prinzip des Bundesstaates. Wenn es sich um Ueberweisungen an sie handelt, sind die Einzelstaaten gar nicht so zimperlich. (Sehr gut! im Zentrum und links.)

Abg. **v. Kardorff** (Rpt.) ist auch für den Kommissionsbeschl., da mit der Pumpschwärze aufgearbeitet werden muß. Herr Bayig hat die finanzielle Lage der Einzelstaaten zu bitter gemacht. Die demokratische Wahlrechtsbewegung in den süddeutschen Staaten scheint mir der erste Schritt zur Reichseinkommensteuer zu sein. Redner regt unter lebhaftem Beifall auf verschiedenen Seiten des Hauses eine Besteuerung der Eisenbahnunternehmer an, da Preußen auf diese Weise stärker herangezogen werden könne.

Abg. **Werner** (Antil.) ist mit dem Vorredner durchaus einverstanden.

Abg. **Dr. Müller-Sagan** (frei. Vp.) hält es für leichter, die Mittel zur Deckung des Reichsbudgets aus der vierten Dimension, als aus den preussischen Eisenbahnträdern herauszuholen. (Sehr wahr! links.) Im übrigen tritt Redner für den Kommissionsbeschl. ein und sieht die einzige Möglichkeit, zu einer gesunden Finanzverwaltung zu gelangen, in der Abkehr von der Weltpolitik und in der Rückkehr zu der altpreussischen Sparpolitik. (Sehr richtig! links.)

Abg. **Dr. Bachmide** (frei. Vg.) äußert sich im Sinne des Vorredners und erwähnt den Schatzsekretär, ersichtlich auf die Einzelstaaten einzuwirken. (Bravo! links.)

Abg. **Dr. Südekum** (Soz.): Herr v. Kardorff hat den direkten Reichssteuern eine sehr platonische Liebeserklärung gemacht, seine reale Liebe gehört den Verkehrssteuern an. (Weiterkeit.) Der Uebergang der süddeutschen Staaten zum allgemeinen Landtagswahlrecht wird in der Tat ebenso günstig auf eine gesunde Reichsfinanzreform

wirken, wie das brutale Selbstschächten der preussischen Landesverwaltung ungünstig darauf wirkt. Sollten wir an den Beschlüssen der Kommission fest und beschließen wir dadurch ein wenig die Finanzreform! (Beif. Beif. b. d. Soz.)

Der Kommissionsbeschl. wird teils einstimmig, teils gegen einige Konservative und National-liberale angenommen.

Der Etat für das Bankwesen wird nach einigen Bemerkungen des Dr. Trendel (Rp.) bewilligt. Ebenso der Rest des Etats und das Etatsgefeh.

Damit ist der ganze Etat in zweiter Lesung angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen.
Für ailtig werden erklärt die Wahlen der Abgg. **Peschke** (Soz.), **von Janta**-**Wologynski** (Pole), **Faltin** (Zentr.), **Dr. Wughan** (frei. Volksp.), **Dr. am Rehnhoff** (Zentrum), **Winkler** (kons.), **Stichert** (Zentr.), **Schmidt-Jmmenstadt** (Zentr.)

Beweiserhebungen werden beschlossen bei den Wahlen der Abgg. **Rehn** von **Hodenberg** (Welse), **Dr. von Jaunes** (Wälfen), **Mallewig** (kons.), **Krause** (kons.), **Rern** (kons.), **von Alffow** (kons.).

Bei der Prüfung der Wahl des Abg. von **Riepenhausen** (kons.) stellt Abg. **Serbert** (Soz.) fest, daß bei der Wahl zahlreiche Fälle von Wahlkorruption, Saalabtreibungen usw. festzustellen waren und außerdem große Diebstahlen vorgenommen seien. Die Wahl wird auf Kommissionsantrag für ailtig erklärt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr. (Dritle Lesung der Willkürvorlage und des Etats.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

170. Sitzung vom 28. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: **Müller**,
Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der ersten Beratung der

Novelle zum Vergesetz, betreffend die Arbeiterverhältnisse.

Abg. **Wolff-Lissa** (frei. Vg.) bezeichnet die Vorlage als im öffentlichen Interesse notwendig. Es müsse eine Brücke der Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Vergesetz getriebe gefunden werden. Die Novelle scheint geeignet, den gestörten Frieden wieder herzustellen. Die Ausführungen des Redners im einzelnen bleiben wegen der im Hause herrschenden großen Unruhe unverändert.

Abg. **Freiherr v. Zebitz** (freikonservativ):
Wir erkennen an, daß das Vergesetz Verbesserungsbedürftig ist, und daß, wenn einzelne Bestimmungen besonders der Revision bedürftig sind, die vor der allgemeinen Revision des Vergesetzes abgeändert werden müssen. Mit der Vorlage über die Stilllegung der Zechen ist die Staatsregierung einem Wunsche des Hauses gefolgt. Wir halten es aber nicht für angänglich, daß bei einem so schwerwiegenden Eingriff in die Privatinteressen die Verwaltungsbehörde allein entscheiden soll. (Zustimmung rechts und bei den National-liberalen.) Das ist es notwendig, einen geordneten Rechtsweg festzusetzen. Ich halte es für einen bedenklichen Mißgriff der Regierung, daß sie die sozialpolitische Novelle zu einer Zeit ankündigt und veröffentlicht, als der Zustand unter Kontraktbruch noch andauert. Wenn der Ministerpräsident gestehen bemerke, daß er auf Moorboden keine Altäre reiten werde, so ist es mir zweifelhaft, ob das Bild hier paßt, nachdem der Zustand in das Ausherev untergenommen war. Ich erkenne an, daß die Dringlichkeit der Arbeiter notwendig ist. Daraus folgt, daß auch die Arbeitgeber sich in derselben strengen Weise organisieren. Ich kann nicht anerkennen, was Graf **Witow** über die Einwirkung der Einbringung der Vorlage auf den Streik gesagt hat. Wenn der Streik weiter andauert hätte, so hätte das zu einem Zusammenbruch der Arbeiterorganisation geführt. Die Vorlage macht den Eindruck, daß sie aber nicht gekommen ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Absicht der Regierung, der Sozialdemokratie durch diese Vorlage das Grab zu graben, wird nicht erreicht werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Vorlage wird als ein Erfolg des Generalstreiks und somit der Sozialdemokratie hingestellt werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Grundbesitzer haben das Gefühl, auf das Ungerechteste behandelt zu sein durch die Vorlage. Obwohl ich zu einem sehr ungünstigen Urteil über das Vorgehen der Regierung komme, so werden wir doch die Vorlagen sachlich prüfen unter dem Gesichtspunkt, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen ein friedliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern herbeiführen wird. Man darf sich nicht durch das Wort „sozial“ irritieren lassen. Durch Zugeständnisse an die Arbeiter

werden wir diese der Sozialdemokratie nicht entfremden.

werden wir diese der Sozialdemokratie nicht entfremden.

werden wir diese der Sozialdemokratie nicht entfremden.

werden wir diese der Sozialdemokratie nicht entfremden.

werden wir diese der Sozialdemokratie nicht entfremden.

werden wir diese der Sozialdemokratie nicht entfremden.

werden wir diese der Sozialdemokratie nicht entfremden.

werden wir diese der Sozialdemokratie nicht entfremden.

werden wir diese der Sozialdemokratie nicht entfremden.

Aus aller Welt.

Der „Vorwärts“ als ungarisches Amtsblatt. Im Interatenteil des „Vorwärts“ erklärt der königlich-ungarische Matrikularführer von Budapest auf deutsch und ungarisch eine Verständigung, in der es ausdrücklich heißt, daß sie in Budapest im Kentralstadthause und im Berliner „Vorwärts“ erfolge. Der „Vorwärts“ scheint demnach königlich-ungarisches Amtsblatt geworden zu sein.

Ein mächtiges Feuer entbrach in der Sonnennacht in Nizdorf bei Berlin. Dort wurde ein großes Fabrikabteilament mit mehreren Betrieben bis auf die Mauern in Asche gelegt. Auf dem Grundstück Kirchhofstraße 45 zu Nizdorf befinden sich in einem ausgedehnten Gelände in den beiden unteren Stockwerken die Spezialfabrik mit Dampftrieb von **Bernhard Steinboff** und eine Drechslerei derselben Firma, während das oberste, dritte Geschloß von der Stockfabrik von **Hof Brückmann** eingenommen wird. Nicht daneben liegt die chemische Waschanstalt und Färberei „**Verolina**“. Das Feuer entbrach auf bisher unangefasste Weise im Kesselhaus der Steinboffschen Fabrik, das sich in den unteren Räumen des Hauptgebäudes befindet. Der Brand verbreitete sich mit solcher Schnelligkeit infolge der Transmissionsöffnungen durch alle 3 Geschosse des Gebäudes, zumal es an den aufgestellten gewaltigen Mengen von edlen Hölzern und Fournieren reichlich Nahrung fand. Als die Umwohner an dem ausströmenden Qualm endlich das Feuer entdeckten, fanden bereits sämtliche Innenräume des Gebäudes in Flammen, die mit unheimlicher Schnelligkeit von unten nach oben emporstoben und endlich zum Dachstuhl herausbrachen. In dem hier befindlichen Taubenstall des Färbereibes hering verbrannten 85 Tauben, während die Pferde in den Ställen noch gerettet werden konnten. Die Rauchschwaden wurden allmählich so stark, daß sie alle umliegenden Häuser in der dichtbebauten Gegend durchdrangen. Die Bewohner wurden dadurch aus den Häusern getrieben und mußten die kalte Nacht im Freien zubringen. Die mit sämtlichen Fahrzeugen anrückende Nizdorfer freiwillige Feuerwehr fand ein schönes Bild der Arbeit vor. Nur mit Haken und Strickleitern vermochte sie in eine erreichbare Höhe des Brandherdes zu gelangen. Von Nachts bis Morgens um 8 Uhr waren die Feuerwehmannschaften ununterbrochen in Tätigkeit. Einige Mann trugen Verletzungen, die glücklicherweise nur leicht sind, davon. Unangesehnte Anstrengungen mußte die Feuerwehr machen, um die chemische Waschanstalt „**Verolina**“ zu schützen, weil durch das Uebergreifen des Feuers auf diese wegen der dort lagernden Benzinvorräte großes Unglück hätte entgehen können. Die Hitze in der Umgebung des Feuers war unerträglich; enorme Wasserströme wurden in die Blut geschleudert, bis sie gegen Morgen nach und nach abflaute und endlich ganz bewältigt war. Sämtliche Maschinen der drei Fabriken sind im Feuer zerschmolzen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Die Folgen geringfügigen Streiks. Ein Akt unglücklicher Robott lag einer Anlage wegen schwerer Körperverletzung zu Grunde, die am Montag die vierte Strafkammer des Landgerichts II zu Berlin beschäftigte. Auf der Anlagebank mußte der Steinleger Paul Klammer aus Brigg Platz nehmen. Am 9. November v. J. sah der Handwerker Hermann Schinke in dem Biergarten Lokal in Brigg gemächlich beim Glase Bier. Nach einiger Zeit betrat der Angeklagte mit seinem Schwager das Lokal. Hier entspann sich ein geringfügiger Streit. Klammer behauptete, Schinke hätte seinen, des Angeklagten, Jungen wegen einer Ungezogenheit „verhauen“. Schinke bestritt dies, worauf sich der Angeklagte auch berief. Beide tranken sogar ein Glas Weibier zusammen und unterhielten sich längere Zeit ruhig an einem Tisch. Plötzlich kam das Gesprächsthema wieder auf den vorerwähnten Streitgegenstand. „Wenn ich genau wüßte, daß Du meinen Jungen geschlagen hast, würde ich Dir ein paar Ohrfeigen geben.“ Diese Worte des Angeklagten wurden indessen schon mit einigen wuchtigen Ohrfeigen, die er dem Schinke ohne weiteres verabsolgte, begleitet. Nicht genug damit. Von einem plötzlichen Wutanfall gepackt, ergriff der Angeklagte das vor ihm stehende Weibierglas und führte mit diesem einen furchtbaren Schlag in das Gesicht des Schinke. Das Glas zerbrach in einzelne Stücke, ein großes Stück drang dem Verletzten in das linke Auge und führte eine vollständige Reissung des Augapfels herbei. Nur der Kinn des Arztes war es zu verdanken, daß die Sehkraft auf dem rechten Auge, welches ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen war, erhalten blieb. — Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Zugleich wurde er, da bei der Höhe der erkannten Strafe Flüchtlingsdacht vorlag, sofort im Gerichtssaale verhaftet.

Ein Dampfer-Zusammenstoß, der leicht unabsehbare Unheil hätte herbeiführen können, zum Glück aber ohne gefährliche Folgen verlief, ereignete sich am Sonnabend Abend vor dem Hafen von Halifax. Dort stieß der Dampfer „**Parisian**“ der **Alban**-Linie, mit mehr als 1000 Personen an Bord, von Liverpool kommend, mit dem Dampfer der Hamburger Reederei **Slovan „Albano**“, der 800 Passagiere an Bord hat, zusammen. Beide Schiffe fuhren dem Hafen zu. Das Heck der „**Parisian**“ ist unter Wasser; der Bug der „**Albano**“ ist eingedrückt. Niemand ist bei dem Zusammenstoß verletzt und niemand getötet worden. Die „**Albano**“ traf die „**Parisian**“ in den hinteren Maschinenraum, wie es scheint, als diese hielt, um den Koffen an Bord zu nehmen. Der Kapitän der „**Albano**“ soll keine Erklärung für die Veranlassung zu dem Unglücksfall abgegeben haben.

Ein unmenschliche Tat. Im Wirtshaus zu Mühlentrieb war am Freitag zwei Eingekesselten des Kirchspiels Gr.-Solt und dem in ganz Anack bekannten Gelegenheitsarbeiter Heinrich Groth ein Streit entbrannt, in dessen Verlauf die beiden Eingekesselten dem Groth mit Gewalt ein Bein brachen und das auf sehr schmerzliche Art, daß die Knochen durch die Kleidung gingen und das Blut

in Strömen floß. Damit nicht zufrieden, warfen die Unholde den armen Menschen in die Scheune und begossen ihn mit kaltem Wasser. Um sich zu überzeugen, ob auch wirklich noch Leben in ihrem Opfer sei, hielten sie ihm zum Schluß brennende Glühbirnen unter die nackten Fußsohlen. Dann ließen sie ihn 20 Stunden in durchwärmtem Zustand in der kalten Scheune liegen, worauf erst ärztliche Hilfe gebracht wurde. Der Unglückliche wurde dann in die Hiesburger Diakonissenanstalt geschafft, wo er hoffnungslos darniederliegt, weil die Wunde bei seiner Einbringung schon brandig war. Die Missetäter wollen sinnlos betrunken gewesen sein.

Durch Kohlendunst erstickten in Neuhof in W. drei Schmitter. Vier Schmitter, die zusammen in einem Zimmer schliefen, hatten bei dieser nachtlichen Witterung Abends vor dem Schlafengehen den Ofen geheizt. Am nächsten Morgen fand man alle vier bewusstlos in ihren Betten. Dem Arzt gelang es, einen nach vieler Mühe zu retten, während die anderen drei schon erstickt waren.

Furchtbare Stürme im Atlantischen Ozean werden vom dem Dampfer „**Vretoria**“ von der Hamburg-Amerika-Linie berichtet, der jetzt mit längerer Verpätung hier eingetroffen ist. Besonders schwerer Unwetter hatte das Schiff am 14. d. Mts. zu bestehen. Der Sturm tobte derartig, daß die Frachtstücke im Zwischendeck ihre letzte Stunde durch Untergang des Schiffes aelommen glaubten und unangenehm bereit. In der Nacht zum 15. März gaben drei Frauen infolge der ausgedehnten Angst vorzeitig Kindern das Leben. Drei Stunden lang war die „**Vretoria**“ außer Stande, vorwärts zu manövrieren und trieb 81 englische Meilen aus dem Kurs. Fortwährend wurde Del ausgegossen, um die empfinden Wogen zu beruhigen. Der Kapitän erklärte, falls man dieses Mittel nicht angewendet hätte, hätte sich wahrscheinlich das Schiff lotrecht überschlagen. Der Sturm brach mit schredenerregender Pöblichkeit los, befeuert vom mächtigen Windstößen. Das fünf Tons wiegende Rettungsboot wurde vom Wind von dem Davits losgerissen und gegen die Kommandobrücke geschleudert, wobei der Kapitän und mehrere andere Personen schwere Quetschungen erlitten. Ein Matrose wurde über Bord gewaschen und ertrank.

Die Tat der irrfinnigen Mutter. Im Jrsim ihr Kind ermordet hat die 22jährige Arbeiterfrau Jakobin in Wittenwalde. Sie war erst vor vierzehn Tagen Mutter geworden und lag acht Tage schwer krank darnieder. In ihrem Zustande war dann eine Besserung eingetreten, so daß sie vor zwei Tagen zum ersten Male aufstehen konnte. Allen Anscheine nach hatte jedoch ihr Geisteszustand durch die Krankheit gelitten, und sie verfiel gestern plötzlich in Wahn. In diesem Zustande ergriff sie ein Küchenmesser und

Auch wir wollen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter haben, aber auch die Industrie muß lebensfähig bleiben. Die großpolitische Situation darf durch die Vorlage keine Abnahme erhalten und die Sozialdemokratie darf ihre Parteiziele nicht ihren Interessen und dem Sturz der Monarchie dienstbar machen. Die Wahl von Gewerkschaften und der Arbeiter können wir nicht gut heißen und der achtstündige Arbeitstag darf nur als eine durch Arbeit und Ehre bedingte Ausnahme gelten. Hoffentlich führt das gesetzgebende Vorgehen zu einem Ziel, das gleichmäßig den Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber entspricht. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Korfanty (Pole):
Wenn die vorliegende Vergesetzgebung Ihre Arbeiterfreundlichkeit bekunden soll, dann kann ich sagen: Gott bewahre die Arbeiter vor solchen Freunden! Die Rede des Herrn von Jellak war eine Schamrede der schlimmsten Art. Mit ihr konnte man die beste Nation unter den Vergarbeitern beleidigen. Die Untersuchungs-Kommissionen der Regierung haben gar keinen Wert. Man hätte eine parlamentarische Kommission einsetzen sollen, die hätte schon die Mißstände entdeckt. Redner wendet sich gegen die vorgeschlagene Festlegung des achtstündigen Arbeitstages, gegen die zugelassenen Überstunden und ähnelnd auch gegen die Arbeiterauschüsse, wie sie die Vorlage vorschreibt. Redner hat 20 Arbeiter in einem Arbeiterauschuss eingeschrieben. Was heißt die politische Arbeiter anbelangt, so ziehe die Regierung und der Terrorismus der Arbeitgeber die Agitation unter ihnen groß.

Oberbergbauamt v. Velsen tritt den letzten Ausführungen des Vorredners entgegen.

Abg. Kraß (Zentrum):
Der Kontraktbruch der Arbeiter selbst billigen wir nicht. Man geht aber zu weit, wenn man sagt, die Arbeiter hätten keine Klage vor dem Gesetz. Abg. v. Jellak ist sich, wenn er meint, die Arbeiterorganisationen wären durch eine längere Dauer des Streiks gestillt worden. Durch die Einbringung der Vorlage hat die Regierung das Vorhaben von Mißständen anerkannt, deren Abstellung die Regierung schon längst gefordert hat. Die Kontrolle über den achtstündigen Arbeitstag und die Arbeiten in hohen Temperaturen wird sehr schwierig sein, und deshalb wird die Vermessung der sanitären Mißstände nach der Temperatur schwer durchführbar sein. Die Verletzung der Arbeitszeit macht den Versuch durchaus nicht unrentabel. Die Arbeiter müssen zur Ruhe und zu einer Arbeit mit herabgesetztem Tempo übergehen. In der Gegenwart des Stillschließens durch den Streik ist es die Aufgabe des Gesetzgebers, den Streik zu beenden und den Arbeitstagen für den Bergmann in der Regel nicht verantwortlich gemacht werden. Redner schließt mit der Bitte, die Vorlage in der Kommission wohlwollend zu prüfen. (Beifall.)

Abg. v. Jellak (Nationalliberal):
Der Ministerpräsident hat sich, wenn er getreu behauptete, auf die Verhältnisse über die Vergarbeiter-Verhältnisse sich auszuwirken lassen. Dieser hat erklärt, daß in dieser Session kaum noch eine Vorlage möglich sein werde. Der Antrag zu der Vorlage sei nicht im Handelsministerium, sondern im Reichstag, wo zwei große Parteien für den Streikenden Partei ergreifen könnten. (Sehr richtig!) Bei dem Nationalrat. Der Antrag zu der Einbringung der Vorlage sei sehr unglücklich gewählt. Graf Tolstojew hat im Reichstag das gute Verhalten der Streikenden gelobt, aber nicht er noch der Handelsminister, noch Graf Pahlen hätten ein Wort der Anerkennung für die Arbeitswilligen über gehört, die ihre Haut zu Marke strapazieren. (Hört, hört!) Das Abgeordnetenamt schreibe im Interesse der Konsumenten, damit diese keine Rechte bekommen, der Größt aus dem gestellten Antrag komme in die Untersuchungsstelle der Arbeiter. Im Reichstag habe ich schon mit Redner so übereinstimmend für das Bauen wollen ausgesprochen, wie er Redner, es nicht übereinstimmend vorbrachte. Da müßte man doch auf eine Einverständigung in der Regierung hoffen, die nicht auf das Handelsministerium, sondern auf eine höhere Stelle zurückzuführen sei. (Hört, hört!) Redner hofft, daß ein Gesetz zu Stande kommt, das die Arbeiter zufriedenstellt und den Bergbau nicht lähmt. Allerdings, die sozialdemokratischen Arbeiter seien nicht zufrieden zu stellen. (Beifall.)

Handelsminister Müller:
Ich muß gegen den Vorwurf, daß im Handelsministerium eine Einverständigung eintraten und diese auf eine höhere Stelle zurückzuführen sei, Versicherung einlegen. Ich übernehme die volle Verantwortung für die Vorlage. Wenn der Abg. Mühl die Ausführungen des Ministerpräsidenten über die Vorlesungen des Abg. v. Jellak v. Jellak im Reichstag berücksichtigen zu müssen meinte, so vermöge ich darauf, daß Herr v. Jellak ausdrücklich erklärt hat, daß er keine Anwesenheit an einer unzulässig baldigen Änderung der Vergesetzgebung gemessen wollte. Die Arbeitswilligen sind geschützt worden und die öffentliche Meinung im Reichstag wurde auch nicht erhalten. Nicht nur politische Gründe existieren, so wäre es auch zu unheilvollen Katastrophen gekommen. (Sehr richtig!) Die Schritte des Vorredners sind vornehmlich durch manchen unglücklichen Mißstand unter sich mit Gewalttätigkeit zu vermeiden, so könnte man leicht zu Unzulänglichkeiten, wie sie ja über jüngst in Russland passiert sind. (Sehr richtig!) Ich habe das alles kommen und nicht nur in Sach-

und durchschaut, dem im Festhalten liegenden Kunde die Rechte. Die Vorrede auf dem Kam. hat die Anträge auf die Strafe und konnte dem nur mit Mühe abzuwenden werden. Die Kunde als Minister hat noch gestern nach der Vorbestimmung in Einverständigung überführt.

Ein Doppelmord wurde in Düsseldorf in Bayern verübt. Dort wurden die hochbetagten und vermögenden Privatierschwäger und die mit ihm verbundenen Schwestern in die Wohnung zurückgeführt. Die Wohnung gehörte dem Herrn v. Jellak. Die Schwägerin wurde in der Küche. Es konnte noch nicht festgestellt werden, welche Summe dem Verstorbenen in der Hand gefallen ist, da noch Wertpapiere und Geld in Höhe von über 100,000 Mk. entdeckt wurden. In der Wohnung waren alle Fenster zerbrochen und durchwühlt. Eine Anzahl Couriers hatte die Polizei, so im Zusammenhang, dann aber wieder von sich gesehrt und sie erst nachher gefunden. Der Verdacht liegt auf dem 17-jährigen in Düsseldorf lebenden Herrn v. Jellak, der am Tage des Verfalls war und sich nach dem Tode der Frau in die Fremde geben zu wollen. Es ist nach seinem Vergehen zu urteilen, wurde er von Gendarmen erwischt, die in seinem Hause einen Versteck von 15000 Mk. und ein Versteck von 10000 Mk. in demselben Hause, in dem er für einen Tag verweilt wurde. Dieser ist plötzlich ein Versteck, sprang 5 Meter und in den Hof und entkam.

In der Nacht des Reichstags Dr. Wobbenitz in Schlesien wird berichtet, daß dieser Tage eine Ständerversammlung in Schlesien stattfand, bei der ein Antrag auf Selbstbestimmung des Landes im Reichstag gestellt wurde. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Reichstag hat die Angelegenheit der Selbstbestimmung des Landes im Reichstag.

Litteratur.

Zur Schiller-Reise. Auf Karl Scholl, der große Schiller, wird ein Gedächtnis zum Schillerfest beitragen. Zur Schiller-Reise wird ein Gedächtnis zum Schillerfest beitragen. Zur Schiller-Reise wird ein Gedächtnis zum Schillerfest beitragen. Zur Schiller-Reise wird ein Gedächtnis zum Schillerfest beitragen.

trinken, sondern in fast allen Kohlenrevieren aus. In Bezug auf die Arbeitszeit verlangen wir nichts weiter, als was den Arbeitern schon 1899 versprochen ist und was der Bergbauverein damals als berechtigt anerkannt hat. Dem Abg. v. Jellak erwidere ich, daß ich nicht die Mission habe, daß wir mit der Vorlage alle Elemente zufrieden stellen könnten, aber die ruhigen Elemente werden entschieden geklärt werden, wenn wir früher erhabene Forderungen bewilligen. Wir hoffen, daß der von uns eingeschlagene Weg zum Segen führen wird.

Abg. Korfanty (freikonservativ)
In Bezug auf die Arbeitszeit verlangen wir nichts weiter, als was den Arbeitern schon 1899 versprochen ist und was der Bergbauverein damals als berechtigt anerkannt hat. Dem Abg. v. Jellak erwidere ich, daß ich nicht die Mission habe, daß wir mit der Vorlage alle Elemente zufrieden stellen könnten, aber die ruhigen Elemente werden entschieden geklärt werden, wenn wir früher erhabene Forderungen bewilligen. Wir hoffen, daß der von uns eingeschlagene Weg zum Segen führen wird.

Abg. Korfanty (freikonservativ)
In Bezug auf die Arbeitszeit verlangen wir nichts weiter, als was den Arbeitern schon 1899 versprochen ist und was der Bergbauverein damals als berechtigt anerkannt hat. Dem Abg. v. Jellak erwidere ich, daß ich nicht die Mission habe, daß wir mit der Vorlage alle Elemente zufrieden stellen könnten, aber die ruhigen Elemente werden entschieden geklärt werden, wenn wir früher erhabene Forderungen bewilligen. Wir hoffen, daß der von uns eingeschlagene Weg zum Segen führen wird.

Die Bergarbeiter und das „Schutz“-Gesetz.

Berlin, den 28. März 1905.

Die Vergarbeiter-Delegierten für Preußen trat heute, Vormittags 10 Uhr, im großen Saale des „Gewerkshaus“ zusammen. Er ist einberufen von der Siebenerkommission, in deren Händen die Leitung des letzten großen Vergarbeiterstreiks lag und von Mitglidern aller Vergarbeiter-Verbände besteht. Von den Delegierten vertreten 65 den alten Vergarbeiterverband, 40 den christlichen Gewerksverein, 13 die polnischen Verbände (darunter auch vom ober-schlesischen Verband „Gezant-Wice-Gille“) und 6 den Dink-Dunder'schen Gewerksverein. Rechts im Saale sitzen die Vertreter der katholischen Gewerksvereine, links die des alten Verbandes, dazwischen die Mitglieder der anderen Vereine. Die Generalkommission der Gewerkschaften ist vertreten durch den Reichs-Verbandsrat, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt in Berlin. Den sozialdemokratischen Parteivorstand vertritt Reichstagsabgeordneter Nollenbaur, das Zentrum die Reichstagsabgeordneten Pige und Trimborn; anwesend ist ferner Reichstagsabgeordneter Gorbien.

Um 10¹⁵ Uhr eröffnete Arbeitersekretär Reichstagsabgeordneter Alton Hähnel-Berlin

im Auftrage der Siebenerkommission die Sitzung und heißt als Sekretär der Berliner Gewerkschaften die Delegierten herzlich willkommen. Er erinnert daran, daß Berlin vor elf Jahren den internationalen Vergarbeiterkongress in seinen Mauern herbergte und wußte den Arbeiter des Kongresses den besten Beweis. Der Wirt der Korbsack und die Tätigkeit der Vergarbeiter wäre sich in seinem letzten Streik abspieglend. Er hofft, die soziale Arbeiterschaft sei der Ansicht, daß ihre Tatkraft beim letzten Streik durchaus richtig gewesen sei. Hier ist ein Arbeiterparlament zusammengetreten; dort in der Vergangenheit ist das Parlament der Unternehmer, könnte man sagen. Wer nichts fordert, erhält nichts. Zeit und Ort sind gut gewählt, damit Sie an jener Stelle gehört werden. (Lebhafter Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Sachsje
Die Erfahrungen und teilt mit, daß Einladungen an die Regierung, an die parlamentarischen Fraktionen und an die Zentralstelle sämtlicher Gewerkschaften ergangen seien. Ein Vertreter der Regierung ist nicht erschienen. (Hört, hört!) Das Handelsministerium hat geschrieben, es habe keine Zeit. (Vandlung und hört, hört!) Das Reichsamt des Innern meint, da es sich um eine Landbesitzfrage handelt, brauche es nicht hier vertreten zu sein. (Hört, hört!) Wir müssen also auf die Anwesenheit der Regierung verzichten. Aber um so lauter sollten wir unsere Stimme erheben, damit Parlament und Regierung uns vernehmen, auch wenn sie nicht anwesend sind.

Die Veranlassung für die Einberufung der Konferenz war, daß die Vergesetzgebung in der Regierung unseren Wünschen und sogar den Beschwerden, die uns vorher gemacht worden sind, nicht entspricht. In un Entzwei ist eine ganz bedeutende Verschlechterung eingetreten gegen die heutigen Zustände durch den Antrag zum Überdachtmachen, den wir bisher nicht gehabt haben. Ein weiterer Mißstand liegt in der Einführung von zwei verschiedenen Arbeitstagen. Der dritte Grund zu beschweren ist die Art und Weise, wie die Untersuchungen vorgenommen werden sind. (Lebhafte Zustimmung, vornehmlich bei den christlichen Gewerkschaften.) Die Untersuchungskommissionen haben ebenfalls unzureichend gearbeitet als die Untersuchungskommissionen im Jahre 1899. Wir haben die Beweise in der Hand, daß die Jungen vor der Untersuchungskommission aus Furcht vor Maßregelung nicht die Wahrheit zu sagen wagten. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb ist eine öffentliche Untersuchung unbedingt notwendig, zumal wir im Parlament nicht zu verzeihen sind, wie es die Gerechtigkeit erfordert. Schon sind Stimmen im Abgeordnetenhaus laut geworden, daß die Vorschläge der Regierung viel zu weit gingen, ja sogar gefährlich seien. Die Verhandlungen hier lassen den Gewinn der Vergarbeiter die Massen ermutigen und unsere Freunde das Rückgrat steifen. (Lebhafter Beifall.)

In einer kurzen Ansprache wiederholt auch als Vertreter des christlichen Verbandes

Effert-Altneffen,
daß die Ruhrbergleute es für notwendig halten, auch hier vor den Toren des Reichstages und der Staatsregierung ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Wir sind einzig in den Kampf gegangen, wir sind einzig bis heute geblieben, und ebenso einzig werden wir auch hier sein zum besten der gesamten Vergarbeiter. (Lebhafte Zustimmung aus den Reihen des Verbandes.) Redner erinnert daran, daß der bergbauliche Verein bereits zwei Zusammenkünfte in Berlin abgehalten habe und jetzt an eine dritte denkt. Genau so wie die Unternehmer müßten auch die Arbeiter ihre Wünsche und Beschwerden erheben. (Sehr richtig!)

Redner begrüßt auch weiterhin die Anwesenden und Gäste und wünscht, daß wir in Einheit gehen. Warum sind wir Vergleite nach Berlin gegangen? Wir wollten hier in der Zentrale zeigen, daß wir unsere Angelegenheiten mit Ruhe und Ernst zu vertreten wissen. (Beifall.)

Hierauf werden zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten Reichstagsabg. Sachsje (Verband) und Effert (Christl.), zu Schriftführern Hammacher (Hörst-Dunder), Requisti (Pole), Gärtners (Verband) und Kühne (Christl.) gewählt.

Die heikle Frage, nach welchem Prinzip die Abstimmungen vorgenommen werden sollen, wird nicht erörtert. Vor jeder Abstimmung soll entschieden werden, ob nach der Mitgliederzahl der Verbände oder nach der Zahl der Delegierten abgestimmt werden soll.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung
Vergesetzgebung im Allgemeinen.
e:551 des Wort der Referent

Reichstagsabgeordneter Pige (Alter Verband):
Kameraden! Die gestrigen Verhandlungen im preussischen Landtage zeigen eigentlich nur Enttäuschung auf die dort gehaltenen Reden. (Sehr richtig!) Ich unterlasse das aber, weil wir hier nicht von parteipolitischen Erwiderungen zusammengekommen sind, sondern die heutige Tagung von Vertretern von 250,000 organisierten Vergarbeitern, die erste von Vertretern der verschiedensten Richtungen, wird zeigen, daß die Arbeiter trotz aller Verschiedenheit über die Grundfragen sich seit vielen Jahren einig sind. Wir sind hier zusammengekommen nicht wie Unternehmer auf dem Grundsatze alles oder nichts — die Unternehmer verlangen daß der Landtag alles ablehnt, was die Regierung für die Vergarbeiter fordert — sondern wir wollen, obwohl Fein einziger mit dem Regierungsentwurf aufstehen ist, sachlich an seiner Verbesserung mitarbeiten. Gegenüber der Behauptung, daß keine Mißstände existieren, machen wir uns anheißig, einer parlamentarischen Untersuchungskommission, ein riesiges Material von Mißständen zugänglich zu machen. Wenn es jemals eine oberflächliche Untersuchung gegeben hat, so war es jene auf den Ruhrbergen. (Sehr richtig!)

Wir haben heute ähnliche Zustände in der Vergesetzgebung, wie vor 50 Jahren. Die industriellen Bedürfnisse hatten sich in den 30, 40er und 60er Jahren so entwickelt, daß die Vergesetzgebung ein Hemnis für sie geworden war. Es bestand damals der Direktionsbetrieb, der Direktionsgewinn, durch welchen die Besitzer der Bergwerke seitens der Bureaucratie vollständig bedormundet wurden, was wohl der damaligen staatlichen Auffassung, aber nicht den industriellen Bedürfnissen entsprach. Damals wie heute konnte die Regierung sich nicht zu einer allgemeinen Revision der Vergesetzgebung entschließen, sondern wollte nur mit einzelnen Gesetzesnovellen vorgehen. Die Unternehmer, welche unsere Forderungen heute revolutionär nennen, gingen damals selbst revolutionär vor, sie waren nicht artige Kinder, die still waren — artige Kinder fordern nichts, artige Kinder bekommen auch nichts — die Unternehmer haben gefordert, energisch gefordert, und eine vollständige Umgestaltung der Gesetzgebung erreicht. Das Direktionsprinzip ist beseitigt worden und der freie Arbeitsvertrag eingeführt. Das „tolle“ Jahr 1848 und seine Folgen zwang die Bureaucratie zum Nachgeben. Durch das Vergesetz von 1865 sind die Unternehmer zu den hochwürdigen Bergherren geworden, welche die Minister rätseln, welche die Regierung verpöhlen, welche der Regierung trotz des Barographen 65 über die Stilllegung der Heben ins Gesicht sagen, wie Herr Skunnes: „Ich mache mit meinem Eigentum was ich will.“ Die Stellung der Arbeiterschaft hat sich dadurch vergrößert, auch geistlich vergrößert. Die Führer der Revolutionäre von damals, die Panier, die Berger, die Weinmann, Döbelius, treten uns mit der Behauptung entgegen, unsere Forderungen seien sozialdemokratisch. Was damals die Unternehmer waren, sind heute die Arbeiter. Wollen wir es zu der einflussreichen Stellung im Staate bringen, wie die Unternehmer, so müssen wir unsere Forderungen mit derselben Fähigkeit und Energie versehen, wie die Unternehmer es in den letzten 50 Jahren getan haben. (Sehr richtig!)

Wir protestieren gegen die Behauptung, daß die Streikbewegung durch sozialdemokratische Mißereien hervorgerufen worden sei. Der Ruhrstreik hat durchaus keinen parteipolitischen Charakter gehabt. Er rief hervor aus den Leibeskräften im Bergbau, nicht aus sozialdemokratischer oder Zentrumskriegation. Er war die elementare Auslösung einer jahrzehntelangen Empörung. (Sehr richtig!) Wir wollen hier nicht behaupten, daß die Vergarbeiter wieder 15 Jahre lang ruhig sein werden, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Sägen wir uns nicht vor. Wir sind außer Stande, die Ruhe anzusehen zu erhalten, wenn nichts bewilligt wird. (Sehr richtig!) Die Vergarbeiter sind in ihrer überausen Mehrheit mit dem Regierungsentwurf nicht zufrieden. Aber wenn von den minimalen Zugeständnissen noch etwas abgeknappelt wird, dann wird es erst recht nicht möglich sein, sie zur Ruhe zu veranlassen. Noch klingt die Empörung von dem großen Kampfe nach. Vor allen Dingen verlangen die Arbeiter, nicht wie kleine Kinder in den geplanten Vergarbeiterauschüssen bedormundet zu werden. Sie fühlen sich durchaus nicht als Staatsdiener zweiter Klasse. (Sehr richtig!) Der Vergarbeiterstand verlangt dieselben staatsbürgerlichen Rechte wie die Unternehmer. Er verlangt, daß das Bevormundungssystem über die Vergarbeiter beseitigt werde. (Zustimmung.)

Redner legt nun in großen Zügen dar, wie die Vergarbeiter sich die Entmündigung der Vergesetzgebung denken und berührt zunächst das Besondere der Gesetzgebung. Es trifft nicht den Kern und hat so viele Hintertüren, daß an der Machtstellung der Unternehmer im Bergbau so gut wie nichts geändert wird. Aber gerade den schärflichsten Mißständen der Vergarbeiter müßte mit ganz energischen Maßnahmen entgegengetreten werden. Es ist nicht wahr, daß die Vergarbeiter der stillgelegten Heben mit Vernachlässigung unterkommen finden können. Wie würde der Vergarbeiter Engell schreien, wenn man ihm sein Eigentum an Grund und Boden furtzhand nehmen wollte, wie es den Vergarbeitern der stillgelegten Heben geschieht. Die kleinen und mittleren Heben prosperieren viel besser als die großen, und es ist nicht richtig, die Konzentration im Bergbau als einen industriellen und volkswirtschaftlichen Vorteil zu bezeichnen. Segen die Unternehmer etwa, wenn sie die Betriebe konzentrieren, die Kohlenpreise herab, und hat die Allgemeinheit irgend welchen Nutzen denn? (Sehr richtig!) In die Stilllegungsnovelle gehört ein Passus hinein, der dem Staate das Vorbestaltungsrecht nicht verliehener Mineraliensätze gibt. Persönlich erklärt sich Redner für die Verstaatlichung des Bergbaus. Wird der Bergbau doch allmählich zu einem Monopol, dann soll er lieber gleich Staatsmonopol werden. (Lebh. Zustimmung, auch beim christlichen Verbands.)

Eine ganze Reihe von Zentrumsabgeordneten, die „Kreuzzeitung“, die „Deutsche Tageszeitung“, haben sich für die Verstaatlichung des gesamten Bergbaus ausgesprochen. Ich komme nun an den einzelnen Bestimmungen der jetzigen Vorlage. Die alten Arbeitsordnungen schrieben für den Bergbau die Achtstundensicht vor. Aber zu derselben Zeit, in der England, das Mutterland des Manchesterismus im Bergbau von diesem abging, wurde in Breun durch die Vergesetzgebung von 1860 bis 1865 realistische Arbeiterschutz beseitigt. Wir wollen jetzt nur wiederhaben, was man uns zu Unrecht genommen hat. Schon 1892 haben Zentrum und Freikämpfer im Reichstag die allgemeine Entmündigung des Achtstundensatzes beantragt und jetzt nach 13 Jahren sollte er nicht praktisch ausführbar sein? Ueber den sanitären Maximalarbeitszeit steht nur soviel fest, daß er sich zu einem fürchterlichen Kanakaveil zwischen Verwaltung und Bergbau herausbildet und zu unaufrührlichen parteilichen Streiks im Kohlenbergbau führen wird. Es ist doch völlig unheimlich, die Temperatur als Maßstab für die Gesundheitsbeschädlichkeit der Arbeit zu nehmen. Arbeiter Ihr nicht noch lieber in heißer Temperatur, als daß Ihr knietlich im Wasser herumwagt und am ganzen Körper durchnäßt seid? (Sehr richtig!) Durch eine Wettertafel, die 20 Mi. kostet, können die Unternehmer an der Mehrzahl der Arbeitsstellen die Temperatur unter 22 Grad herabdrücken — sie heißt dann allerdings an dem anderen Zylinder bis über 35 Grad hinauf — (Sehr wahr!) aber dem Berg ist keine nütze gesehen. Nirgends werden die jetzt bestehenden bergpolitischen Bestimmungen über Verklärung der Schichtzeit ummachtet. Oder weiß jemand eine Hecke mit einer Temperatur über 20 Grad, auf der wirklich die Sechstundensicht beruht? (Nein, nein!) Die Vergarbeiter wären gern zufrieden, wenn allmählich in Etappen die Achtstundensicht eingeführt würde. Alle Länder sind hierin Preußen und Deutschland vorangegangen.

Ebenso wie die gesetzliche Regelung der Schichtzeit verlangen wir schon seit fünfzehn Jahren das Verbot der Frauenarbeit im Bergbau. Wir wollen den Frauen die Erwerbsmöglichkeit nicht nehmen, aber wir müssen den Organismus der Mütter des Volkes gegen die Schädigungen der Bergarbeit schützen. Wir fordern weiter einen größeren Schutz der Kinder. Hat doch heute nach einer Ministerialverordnung aus dem Jahre 1884 der Mansfelder Bergbauverein das Recht, Kinder von 13 Jahren unter Tage zu beschäftigen. Aber alle diese

Fragen, insbesondere die Unfallversicherung und die Krankenversicherung, führen am besten Ende auf die Lohnfrage zurück. Wir fordern, daß jedes Gebotnis christlich verarbeitbar sein muß und daß bei Streitigkeiten die Arbeitsverhältnisse geregelt werden müssen. Auch zur Gesundheitsförderung fordern wir seit langen Jahren die Aufhebung von Arbeiterverboten, über die aus allen anderen Ländern von Un-
 zehner- und Negierungsseite die günstigsten Verhältnisse vorliegen. Rein-
 europäisches Land hat ein so ungeheures Anwachsen der Unfall- und
 Krankheitsfälle im Vergleich mit Deutschland. Und ist der deutsche
 Arbeiter etwa dämmer oder parteipolitisch fanatischer als
 die ausländischen Arbeiter? Wer immer beklagt, daß die Arbeiter-
 kontrollen ihr Amt in parteipolitischer oder gewerkschaftlicher Agitation
 ausüben würden, steht wohl selbst hinter dem Tisch, hinter dem er
 andert sucht. Ueber das Nutzen hat die Regierung ihre Auffassung
 vollkommen geändert. Die Untersuchungskommission von 1899
 erklärte, das Nutzen von 25 Prozent sei auffallend hoch;
 jetzt wird auf einer Reihe von Gebieten festgestellt, daß 8-5 Prozent
 genügt werden, auf Heide „Freiübiger Nachbar“ sogar 10 Prozent,
 aber die Untersuchungskommission abt ihr berühmtes Urteil ab, daß
 „Wirtschaftliche nicht bestehen“. Auch nach der neuen Vorlage sollen
 durchschnittliche Wägen genügt werden können. Das öffnet der
 Chifane Tor und Tür. Kein anderer Stand würde sich die schreiende
 Ungerechtigkeit gefallen lassen, für Laten bestraft zu werden, die er
 nicht verhindern konnte, oder die er gar nicht begangen hat.
 — Redner verlangt ferner, daß die Wagenkontrollen nicht
 aus dem Reiben der Arbeiter der Grube selbst aufgenommen zu
 sein brauchen und fordert die Vorkaung der Novelle zum
 Vergleitet betreffend die Knappschaffs-Klasse xerform.
 durch den Bergarbeiterschutz erzielen wir eine leistungsfähigere
 Arbeiterkraft und statt zu einer Belastung der Industrie
 dient er zu ihrer Förderung. Immer hören wir die Klagen
 über den Ruin des Bergbaues und dabei sehen wir jedes Jahr
 die kolossalen Anlagen wachsen, die Reichthümer sich vermehren,
 die Dividenden steigen. In dreißig Jahren hat **Knappschäfte**
120 Millionen Mark Ueberflus ergeben. Als die Verzeigerung
 eingeführt wurde, schrieben die Unternehmer, sie seien ruiniert;
 und nun stellt sich heraus, daß die Kosten für die Verzeigerung
 nur 10 Wfg. pro Tonne betragen. Wir sind der Ansicht, daß
 eine Industrie, die so dazu da ist, hohe Dividenden zu liefern,
 zu über und **her Auwachen des Volkes gereizter**
 auszu zu verzichten. Wir glauben, daß die na-
 kommenden Geschlechter uns dankbar sein werden, wenn
 wir unsere Forderungen durchziehen. Wir sind eine
 hundert zusammengelegte Versammlung; in der Frage des
 Bergarbeiterschutzes aber stehen wir **auf der ganzen Linie**
einig da. Was uns auch an Schwierigkeiten kommen möge, daran
 halten wir fest: Wir sind hierher gekommen als berechtigte Ver-
 treter der ganzen preussischen Bergarbeiterkraft und wollen vor
 aller Welt unsere Forderungen erheben, daß die Bevormundung
 aufhört, daß wir als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt
 werden. Mit derselben Energie wie die Unternehmer für ihre
 Interessen kämpfen, wollen auch wir den Kampf für den
 Arbeitererschutz aufnehmen. Wir wollen den Herren, die keine
 Einsicht haben wollen, zeigen, daß der Bergarbeiter in sozialer
 und bürgerlicher Hinsicht mündig geworden ist durch die **Mit-**
stände, die man nicht ableugnen, nicht wegwastolieren
 kann. Es gilt unsere Forderungen vor der Welt zu erheben, und
 von der Regierung und vom Parlament zu verlangen, daß sie
 die Stimme der Bergarbeiter hören! (Mit. Beifall, daselbe bei
 dem Verbands.)
 Es wird beschlossen, von einer Debatte abzusehen, da über
 die einzelnen Punkte eingehend diskutiert werden soll. Die Mit-
 tagspause tritt ein.

Nach dem Bericht der Monatsprüfungs-Kommission sind 116 Delegierte vorhanden, 62 vom alten Verband, 38 vom christlichen Gewerksverein, 8 vom Gewerksverein S.-D., 6 von den Polen, 1 vom Saarland und 1 vom ober-schlesischen Verein zur gegenseitigen Hilfe, dazu kommen Sachse und 2 Polen ohne Mandat als Mitglieder der Siebener-Kommission. Die Feststellung der genauen Zahl macht einige Schwierigkeiten (Huc ruft: Wieviel hast du genullt? Große Peiterkeit). Als Gäste sind anwesend Frau Liede vom Gewerkschaftlichen Frauen-
 Agitations-Verein Berlin, ferner außer den oben genannten noch die Reichstagsabg. Lattmann, Fröhlich, Stözel und Drejski. Von dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sind als Gäste zugegen: Stegerwald-Röhl und Wiesberts-M. Gladbach, vom Dirsch-Dumfrieschen Verband: Klavon-Berlin und Erkelenz-Düsseldorf.
 Zum Schluss wird über die Frage verhandelt, ob ein **Delegierter aus Deuthen**, namens Jsidor Dziuron, anerkannt werden soll.
 Eiert (christlich) brüdt sich im Namen der Siebener-Kommission gegen die Zulassung aus, da Dziuron eine der Hoch-
 abteilungen der katholischen Arbeitervereine vertritt, die nicht ein-
 geladen worden seien.
 Dziuron selber erklärt, daß er nicht eine Hochabteilung, sondern den selbständigen katholischen Arbeiter-Verein in Deuthen vertritt. Man sieht sich auf als Vertreter von 200.000 Bergleuten. Warum sollen wir Ober-schlesien ausgeschlossen werden?
 Eiert spricht sich für die Zulassung des Delegierten aus. Der Konvent solle die Anforderungen aller Bergarbeiter ausdrücken.
 Büsges-St. Johann (christlicher Gewerkschaftler) widerspricht energisch. In Drier sei ihm erst jüngst gesagt worden, daß die katholischen Nachabteilungen den Konvent nicht besuchen wollten, da ihre Vertreter in Berlin schon vorher alles besser gemacht habe.
 Dziuron vertritt, mit dem katholischen Arbeiterverband in Berlin nichts zu schaffen zu haben.
 Eiert: Wir haben hier einen Arbeitstag, einen Vergarbeiterstag. Jeder Arbeiter, der kommt, ist mit willkommen. Ich betone aus-
 drücklich den weltlichen Charakter. Unsere Organisations-
 freizügigkeiten wollen wir höchst drücken lassen. Wo läme ich sonst mit Kollegen Eiert hin? (Weiterkeit.)
 Eiert: Verbleiben stellt fest, daß in Deuthen zwei christlich-katholische Arbeitervereine bestehen. Auf: Das ist aber sehr traurig!
 Eiert (christlich): Wir vom Gewerksverein werden uns der Abstimmung enthalten. (Wiesfache Aufse: Wir vom Verband auch. Große Peiterkeit.)
 Das Bureau entscheidet schließlich, daß Dziuron zugelassen werden soll.
 Schluß 6 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Genosse Richard Wagner, bisher an der „Leipz. Volkszt.“ tritt am 1. April in die Redaktion des „Norddeutschen Volksblattes“ in Danm ein.
 Als sozialdemokratischer Reichstagskandidat für den Wahlkreis 109 ist an Stelle des verstorbenen Genossen Erster an vorigen Sonntag Ge wehr-Eberfeld aufgestellt worden. Die Kreiswahlkommission entschied sich mit 84 von 90 Stimmen für diesen Kandidaten.
 Der Parteitag der Juraisten wurde am Sonntag eröffnet. Er ist von annähernd 100 Delegierten besucht, die 150 Mandate verteilen. Auf Antrag von Juraist wurde sofort beschlossen, zunächst nur über die Herstellung der Partei-Einigkeit zu diskutieren und alle anderen Fragen einem geeigneten Parteitag zu überlassen, der Ende April in Paris tagen soll. Infolgedessen wandte sich die Diskussion sofort der hauptsächlichsten Streitfrage zu, ob die sozialistischen Demokraten im Partei mit den übrigen Parteien der republikanischen Kammermehrheit verbleiben sollen. Deputierter Angehöriger, Fingemeister von Lyon, trat lebhaft für die Unabhängigkeit der Kammermehrheit ein, während Monnet sich für die

Unabhängigkeit der Kammermehrheit erklärte. Es ist zu wünschen, daß die Sozialisten im Parlament ihrer Mission treu bleiben und sich nicht an den Sozialistischen Parteileistungen. Darauf wurde ihm erwidert, bei solcher Auffassung würde der französische Sozialismus aus der internationalen Sozialdemokratie ausgeschlossen werden.

Arbeiterbewegung.

Der Tarifvertrag der Berliner Maurer ist angenommen.
 Am letzten Freitag fand in den einzelnen Bezirken der Berliner Stadtstelle des Maurerverbandes die Abstimmung statt über die Verlängerung des Tarifvertrages mit den in der Abschneer-Kommission beratenen Unternehmer. Am Sonntag wurde folgendes Ergebnis der Abstimmung festgestellt: Abgegeben sind 6277 Stimmen. Davon sind 4084 Stimmen für, 2187 Stimmen gegen den Vertrag. 566 Stimmen waren ungültig. Drei Bezirke, aus denen das Resultat noch nicht bekannt ist, stehen noch aus, sie können aber an dem Gesamtergebnis nichts ändern.
 Ein Streik der Schwerefahrwerker ist in Stuttgart ausgedrochen infolge der Weigerung der Unternehmer, die von den organisierten Fuhrwerkern aufgestellten Forderungen, Minimallohn von 20 bzw. 22 Mk., elfstündige Arbeitszeit u., auch nur in Ermäßigung zu ziehen. Der Ausschuss ist ein nahezu vollständiger. Das städtische Arbeitsamt hat die Vermittlung von Fuhrwerksgesellen, Mühlbesatzern u. einstellt. Die Aussichten des Streiks sind nicht unheilvoll, da der Umzugsstermin vor der Tür steht. Eine Anzahl Betriebe haben die Forderungen bereits bewilligt, doch wurde beschlossen, die Arbeit erst aufzunehmen, wenn die Organisation der Unternehmer die Bewilligung der Forderungen angeht.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 20. März.

Die Breslauer Buchbinder und verwandten Berufsgenossen sehen sich gezwungen, den Kampf gegen Tarifdurchbrechungen und sonstige Willkürlichkeiten vieler Arbeitgeber ernstlich aufzunehmen. Sonnabend Abend wurde in einer über Erwarten gut besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus das Ergebnis einer Statistik mitgeteilt, die der Vorstand der hiesigen Zahlreiche Anfang März aufgenommen hat. Aus dem diesbezüglichen Vortrage des Vorsitzenden, Genossen Albert, sei folgendes, das auch allgemeines Interesse hat, hervorgehoben:
 Aus 115 beantworteten Fragebogen ergab sich zunächst die Bestätigung des schon lange gehegten Verdachts, daß eine ganze Anzahl Firmen den von ihnen selbst mit abgeschlossenen Tarif nicht einhalten. Dazu kommt, daß die Lohnzahlung fast überall eine rein willkürliche ist. Leider haben die, die am schlechtesten entlohnt werden, nicht gerantwortet, sodah nach dieser Richtung die Statistik noch nicht vollständig ist. Festgestellt wurde u. a., daß 63-jährige Arbeiter 17 Mk. (eigentlich 20 Mk.), ein 61-jähriger 20 Mk., ein 47-jähriger ebenfalls 17 Mk. Lohn erhielten. Eine 50-jährige Arbeiterin bei der Firma Bloch erhielt 7.20 Mk. Lohn pro Woche. Elf Arbeiter erhalten 13.50 (16.50), zwölf ganze 17 Mk. pro Woche! Nur sehr wenige erhalten 19 Mk. und darüber. Bei der Firma Rothaner u. Unger erhält ein 55-jähriger Gehilfe 17 Mk., ein 28-jähriger 18 Mk., bei Swarzenzli (Niederanstalt) ein 27-jähriger Gehilfe 13.50 (16.50) Mk. u. Bei Schack (Büchbinder, Gewerkschaft) erhält eine 30-jährige Frau, die 6 Jahre dort ist, 9 Mk., eine 35-jährige, die 2 1/2 Jahre dort ist, 12 Mk., eine andere, die gar zehn Jahre dort arbeitet, nur 9 Mk. Lohn! Ein 18-jähriger Gehilfe dieser Firma erhält, da er nicht im Verbands ist, ganze 15 Mk. pro Woche! Auch in der schlesischen Fener-Vericherung wird ein 51-jähriger Buchbinder mit 17 Mk. Wochenlohn abgeweiht, ein 61-jähriger mit 20 Mk. In der Glusfabrik Benke erhält ein 23-jähriger Gehilfe 14.50 Mk., ein 27-jähriger 17 Mk., bei Währich ein 27-jähriger 16 Mk., bei Schröder (Altbrechstraße) erhält ein 36-jähriger Gehilfe, der bereits 20 Jahre lang dort arbeitet, 15 Mk. Lohn! Bei Tobu (graphische Anstalt) erhält ein 21-jähriger Gehilfe 13.50 Mk., bei Dhes Erben ein 29-jähr. 15 Mk., bei Schenkalsky ein 23-jähriger 15 Mk., bei Wiskott ein 22-jähriger 16 Mk., bei „Sultan“ (Rig-Fabrik) 14.50 Mk. um. Nicht einmal der Obermeister der F. nung, Herr Siehle, der den Tarif selbst mit unterschrieben, hält es für nötig, ihn einzuhalten. Er zahlt 16 Mk. (anstatt 17) Lohn.
 Geradezu aufreißend aber ist die Tatsache, daß gerade die jüngerer, die ein halbes bis ein ganzes Menschenalter hintereinander bei ein und demselben Arbeitgeber ausgehalten, am miserabelsten bezahlt werden! So waren u. a. beschäftigt bei

Nama	Dauer der Beschäftigung	Bei einem Lohn von Mk.
Holl	10 Jahre	19
Brenke	11	19
"	15	22
"	23	15 (1)
"	27	28 *
Hofebdt	12	17
"	20	19
Schröder	20	15
Pietich	14	19.50
Breslauer Genossensch.-Büchbinder	23	18
Schle. Volksgelting (ultramontan)	23	19 (1)
Kranke	18	21
Klauer	26	21.60

*) Kürzlich als Invalide abgegangen.
 Nebenliches zeigte sich bei den Arbeiterinnen. Außer den obgenannten erhielt eine solche bei Rothaner u. Unger nach 14-jähriger Tätigkeit 19 Mk., eine andere nach 12-jähriger Tätigkeit 9 Mk. Wochenlohn u.

Um eine geregelte Entlohnung herbeizuführen, soll nun die Tarifkommission die nötigen Schritte tun. Auch soll danach gestrebt werden, mehr Einfluss auf die Arbeitsvermittlung zu gewinnen, damit nicht mehr die Zu-
 reisenden gezwungen sind, für jeden ihnen angebotenen Lohn zu arbeiten. Die Ingehörigen anderer Berufe, Buch-
 drucker, Lithographen, Steinrunder u.
 werden erucht, die mit ihnen zusammenarbeitenden Buchbinder mehr als bisher auf den Verband aufmerksam zu machen.
 * Der Umzugsstermin ruf: naturgemäß immer wieder die alte Streitfrage zwischen Mieter und Vermieter hervor: Wann muß die Wohnung geräumt sein? In vielen Städten erläßt die Polizeibehörde Umzugsvorschriften, d. h. sie teilt je nach der Höhe des Mietpreises die Wohnungen in kleine, mittlere und große und bestimmt hiernach, daß die Wohnung am 1. bzw. 2. oder 3. Tage nach dem 1. April vom alten Mieter geräumt sein muß. Irgendwelche gelegliche Grund-
 lagen haben in diesen Polizeiverordnungen nicht und in manchen Städten überläßt es daher die Behörde dem Publikum selbst, „Ziehfristen“ zu bestimmen. Das Gesetz schreibt

lebiglich vor, daß der neue Mieter das Recht hat, vom Mietsvertrag zurückzutreten, wenn ihm die Wohnung nicht von bestimmten Termin überlassen wird. Inwiefern soll dabei doch eine angemessene Frist gestellt werden und eine unerhebliche Hinderung berechtigt keineswegs zum Rücktritt vom Mietsvertrag. Stellt der Vermieter z. B. dem neuen Mieter am ersten Tage vorläufig nur einen Raum zur Verfügung, weil die übrigen Räume vom alten Mieter noch nicht gänzlich geräumt sind, oder weil (wie das in neuen Häusern vorkommt), die Handwerker nicht rechtzeitig fertig geworden sind, so muß der Mieter sich damit begnügen. Wird ihm ein Teil der Wohnung längere Zeit vorenthalten, so kann er entsprechenden Abzug von der Miete machen. Es ist also einerseits Pflicht des Vermieters, dafür zu sorgen, daß die Wohnung vom ersten Tage der Geltung des Mietvertrages ab dem Mieter zur Verfügung steht. Ist das aus gewissen Gründen nicht möglich, so muß wenigstens der Hauptteil der Wohnung rechtzeitig eingeräumt werden. Andererseits ist es Pflicht des abziehenden Mieters, sich mit der Räumung so zu beeilen, daß die Wohnung am Umzugsstage noch gänzlich oder wenigstens in der Hauptsache frei wird. Für jedes ungebührliche längere Verweilen ist er dem Wirt Schadenersatzpflichtig.

Der Breslauer Buchbindergehilfen-Verein hielt am letzten Sonntag im Saale des „Gewerkschaftshaus“ seine Generalversammlung ab. Die allgemeine Geschäftsablage des verflohenen Jahres wird im Jahresbericht als befriedigend bezeichnet. Einige kleinere Tarifstreitigkeiten ließen sich durch das Tarifamt erledigen, sodah keine Streikungen aus dem Verzeichnis der tariflosen Druckereien zu erfolgen brauchten. Es konnten vielmehr acht neue Firmen in dieses Verzeichnis aufgenommen werden, sodah sich deren Zahl gegenwärtig auf 46 beläuft. Aufgenommen wurde eine Verlagsbuchhandlung und eine solche über die Durchführung der umbrücklichen Vorarbeiten. Ein Besuch am Gewährung von Ferien hatte bei drei weiteren größeren Firmen Erfolg, sodah sich nunmehr 242 Gehilfen in neun Offizinen im Genus von Ferien befinden. Wie früher wurde auch im Vorjahre an alle Vereine, Kronenklaffen u. s. w. ein Hükular mit der Bitte gesandt, bei Berechnung von Dienstanträgen nur tariflose Druckereien zu berücksichtigen. Ein Auflag gleiches Inhalts wurde auch an alle hiesigen Tageszeitungen gesandt und von der Mehrzahl derselben präventiv abgelehnt. Der althergebrachte des Vereins ist von 691 auf 611 gesunken. Es haben neun Verfassungen stattgefunden und außerdem ein Negiationsabende. Die internen Vereinsangelegenheiten wurden in 28 Vorstandssitzungen erledigt. Außerdem fanden noch drei kommittierte Sitzungen mit dem Vorstand und mehrere Vertrauensmännerversammlungen und Deutereiberechungen. Die Bibliothek, die lebhaft im Anbruch genommen wurde, hat ihren Bücherbestand von 4109 auf 4214 vermehrt. Auch in diesem Jahr frante der Verein 12 Kollektoren, die 25 Jahre dem Verbands angehört. Krankebestände waren 10,437 gegen 10,724, unbeschäftigt Tage 12,099 gegen 14,761 des Vorjahres zu verzeichnen. Reisende verkehrten auf der hiesigen Zahlstelle 261, die sich im ganzen 16,003 Tage oder jeder durchschnittlich 64 Tage auf der Reise befanden. An drücklichen Unterlegungen an arbeitslose und invalide Kollegen gab der Verein 11,899.70 Mk., für gewerkschaftliche Zwecke 892 Mk., für die Bibliothek 890 Mk., für Verordnungen u. 1374.56 Mk., für die Verwaltung 2624.66 Mk. Der Kassenbestand vermehrte sich um 1400 Mk. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt.

Eine Schuhmacher-Versammlung fand Montag Abend im „Gewerkschaftshaus“ statt. Es wurde sehr lange und lebhaft darüber debattiert, in welcher Höhe der Beitrag für die Mitgliedschaft des neuen Gausleiters festgesetzt werden solle. Die Versammlung einigte sich auf 10 Wfg. pro Mitglied und Monat. Erfreulich ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die Organisation während des kurzen Sitzens des neuen Gausleiters (Anfang März u.) um 60 Mitglieder zugenommen hat.

Eine öffentliche Bäckerversammlung, die gut besucht war, fand gestern Nachmittags in der „Sala“. Der Kollege Kieaon sprach über das Thema: Sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Breslauer Bäckereien verbesserungsbedürftig? Wie stellen sich die Kollegen zu einer Lohnbewegung? Redner führte u. a. aus: Schon oftmals haben wir uns mit diesem Thema befaßen müssen und eine große Menge Material gesammelt, das grünlit, um die Frage dahin beantworten zu können, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bäckergewerbe sehr verbesserungsbedürftig sind. Ein Bäcker ist selten im Stande, eine Familie anfänglich zu ernähren, so gering sind die Löhne. Die Löhne der Bäckergehelfen schwanken zwischen 16 und 20 Mk. wöchentlich und viele werden häufig sogar am Werkmeister gezahlt. Die meisten Kollegen schwachen noch unter dem Ross- und Logiswesen. Der Durchschnittslohn in Schlesien stellt sich — wenn man das Ross- und Logiswesen nicht mit einberechnet — auf 8 Mk. wöchentlich. Die Statistik stellt fest, daß bei 84-tündiger Arbeitszeit pro Woche der Lohn pro Stunde 20 Wfg. beträgt. In Breslauer Bäckereien beträgt die Arbeitszeit oftmals täglich 15, 16 Stunden und der Lohn pro Woche 5, 6 Mark, so daß sich der Stundenlohn noch niedriger stellt. Der Durchschnittslohn der Bäcker, welche nicht dem Zwange des Ross- und Logiswesens unterliegen, beträgt 23 Mark pro Woche, in Breslau gar nur 20 Mark. Besonders tragig stellen sich die Verhältnisse in den kaufmännischen Genossenschaftsbetrieben. In Breslau bekommt der Bäcker nicht etwa ganze, sondern nur halbe Ross. Die Lehrlinge müssen unter diesem System geradezu hungern. Das sogenannte Boutergeld, das pro Woche 1 Mark beträgt, wird oftmals nur zur Hälfte ausbezahlt. Die Arbeitszeit wird sehr oft überschritten, trotzdem sie so wie so schon so hoch ist. Selbst das Entschreiben der Polizei hat sich als machtlos erwiesen, andererseits sind gerade die, welche eine Kontrolle ausübten, wegen Hausfriedensbruchs bestraft worden! Die Statistik für Breslau stellt weiter fest, daß u. a. von 82 Betrieben 44 eine Arbeitszeit von 12 1/2-17 Stunden täglich aufweisen. Eine andere Statistik ergibt, daß 82 Betriebe mit ca. 380 Personen eine Arbeitszeit von 12 1/2, 14, 15 und 16 Stunden aufweisen. Die Arbeitszeit der Lehrlinge beträgt 10 bis 18 Stunden. Ruhepausen gibt es nur in 37 Betrieben. Die Löhne betragen pro Woche 9.80 Mk. (Ross und Logis außer-
 dem), 20.25 Mk. ohne Ross und Logis pro Woche. Die Arbeitsräume und Schlafstube sind vielfach in einem schandlichen Zustande, wie Redner durch zahlreiche bestimmte Fälle vorführt. Mit diesen Mißständen und Schwachheiten muß endlich einmal aufgeräumt werden. Wie es in anderen Städten z. B. München besser geworden ist und Tarife abgeschlossen sind, so muß es auch in Breslau ande-
 werden. In Breslau wurde ja auch vor 4 Jahren ein Vertrag abgeschlossen, aber dieser wird vielfach nicht eingehalten. Die Lehrlinge haben einfach ihr Ehrenwort gebrochen. Die Lehrlinge z. B. z. h. z. h. spielt hier wie fast nirgends anders eine große Rolle. In 420 Betrieben arbeiten 600 Gehelfen und 600 Lehrlinge. Die Kollegen müssen bei derartigen Verhältnissen mutlos werden, den Widerstand erweisen oder einen anderen Beruf einschlagen. Die Meister, welche die Lehrlingsbücherei in ganz unverhältnißvoller Weise betreiben, welche öffentlich selbstengeizt werden. Der Referent zählt eine Reihe von Einzelheiten auf. Unter den Meistern, die viele Lehrlinge beschäftigen, befinden sich auch Mitglieder der Partei. Innaung! Die Lage der Arbeiter im allgemeinen ist eine solche, daß keine Aussichten auf Selbständigkeit vorhanden sind, die Arbeitslosigkeit ist eine außerordentlich große; die Arbeitsnachweise und ihre Frequenzierung beweisen das. Die Arbeitsvermittlung liegt sehr im argen. Der paritätische Arbeitsnachweis muß geschaffen werden, da die bisherige Arbeitsvermittlung eine ungerechte annehmen ist. Selbst einige haben eingeschrieben, daß andere Verhältnisse Platzgreifen müssen. Die Kollegen werden das aber nur durch engen gewerkschaftlichen Zusammenschluß erreichen. Eine Lohnbewegung ist zur Zeit ausgeschlossen. Die beschriebene Gründung eines Arbeitsvereins u. s. w. wird nächstens in Rauer näher erörtert werden, der einen ausserordentlichen Kampf zu erwarten ist.

